



Stenografischer Bericht

58. Sitzung

Freitag, 13. Dezember 2013,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 4941

Tagesordnungspunkt 12

Erste Beratung

Ausgewogenes Schulnetz im Lande erhalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2616**

Herr Höhn (DIE LINKE) 4948, 4960

Minister Herr Dorgerloh 4951

Herr Dr. Schellenberger (CDU) 4955

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 4956

Herr Wanzek (SPD) 4958

Ausschussüberweisung 4962

Tagesordnungspunkt 13

Beratung

Projekt „Bürgerarbeit“ fortführen

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2628**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2654**

Herr Steppuhn (SPD) 4962, 4967

Minister Herr Bischoff 4963

Frau Dirlich (DIE LINKE) 4963

Herr Rotter (CDU) 4965

Frau Latta (GRÜNE) 4966

Beschluss 4969

Tagesordnungspunkt 14

Beratung

Sachsen-Anhalt als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit stärken

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2603**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2650**

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 4970, 4976

Minister Herr Möllring 4972

Frau Dr. Pähle (SPD) 4973

Herr Lange (DIE LINKE) 4974

Herr Thomas (CDU) 4975

Beschluss 4977

Tagesordnungspunkt 24**Aktuelle Debatte****Bürger und Unternehmen entlasten - Rundfunkbeitrag senken!****Aktuelle Debatte Fraktion CDU - Drs. 6/2639**

Herr Kurze (CDU)	4941
Staatsminister Herr Robra	4944
Herr Gebhardt (DIE LINKE)	4945
Herr Felke (SPD)	4946
Herr Herbst (GRÜNE)	4947

Beginn: 9.04 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Mitglieder des Hohen Hauses und Gäste! Die freudige Unruhe und schon im Saal befindlichen Blumensträuße deuten auf ein freudiges Ereignis hin. Ich darf bekanntgeben, dass das Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, unsere Kollegin Krimhild Niestädt am heutigen Tag Geburtstag hat. Ich gratuliere herzlich im Namen des Hohen Hauses.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute. Ich bedanke mich für die angenehme Zusammenarbeit. Alles Gute im neuen Lebensjahr. Herzlichen Glückwunsch!

Es ist Freitag der 13. Bevor wir in die 29. Sitzungsperiode einsteigen, möchte ich Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen in allen Fraktionen, den Mitarbeitern in den Fraktionen und den vielen fleißigen Händen, die in diesem Jahr unter den erschwerten Bedingungen der Baumaßnahme sehr professionell und hervorragend zusammengearbeitet haben, Dank sagen.

Es war nicht einfach, weil ständig Bau- und Gebäudeteile gesperrt sind und Technik im laufenden Betrieb erneuert werden muss. Das ist so wie eine Operation am offenen Herzen ohne Narkose. Dennoch hat das in einer erstaunlich guten Qualität und fairen Zusammenarbeit in diesem Jahr funktioniert. Dafür liegt ein ganz kleiner symbolischer Gruß auf Ihren Tischen, womit ich Ihnen und allen Beteiligten herzlich danken möchte.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir setzen nunmehr die 29. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 24. Danach folgen die Tagesordnungspunkte 12, 13 und 14.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Aktuelle Debatte

Bürger und Unternehmen entlasten - Rundfunkbeitrag senken!

Aktuelle Debatte Fraktion CDU - **Drs. 6/2639**

Je Fraktion sind zehn Minuten Redezeit vorgesehen worden. Die Fraktionen debattieren in der Reihenfolge CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst hat für die Antragstellerin Herr Abgeordneter Kurze das Wort.

Herr Kurze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir schon seit Mona-

ten geahnt haben, wurde Anfang der letzten Wochen zur Gewissheit. Mit der Reform der Rundfunkfinanzierung zum 1. Januar 2013 weg von einem geräteabhängigen Gebührenmodell hin zu einem geräteunabhängigen Beitragsmodell erzielen die 22 öffentlich-rechtlichen Fernsehfunk- und 64 Hörfunkveranstalter beträchtliche Mehreinnahmen.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die CDU-Fraktion steht für die bewährten Strukturen in unserer Fernsehlandschaft. Dazu gehört selbstverständlich auch und gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Aber wir sagen ganz deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ziel der Reform der Rundfunkfinanzierung war, die Finanzierungsbasis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei 7,5 Milliarden € zu stabilisieren. Von Mehreinnahmen war keine Rede.

Nach den Schätzungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, besser bekannt als KEF, sind in der laufenden Gebührenperiode 2013 bis 2016 jedoch Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde € zu erwarten. Der Intendant des Deutschlandradios Willi Steul soll am Freitag in der letzten Woche eine Größenordnung von 1,15 Milliarden € zumindest nicht mehr dementiert haben. Damit tritt sehr wahrscheinlich ein, was viele Anstalten vor der Reform bestritten und die CDU-Fraktion befürchtet hat. Man hat die Reform der Rundfunkfinanzierung nicht auf Kante gehäht, sondern ist in finanzieller Hinsicht auf Nummer sicher gegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschäftsgrundlage der Reform der Rundfunkfinanzierung war eindeutig. Erstens sollte es mehr Beitragsgerechtigkeit und einfachere Verfahren im privaten Bereich geben. Anstatt jedes Fernsehgerät und jedes Radio einzeln bezahlen zu müssen, gilt jetzt: eine Wohnung - ein Beitrag.

Das war, ist und bleibt richtig; denn vor der Reform mussten die Nutzer von Fernseh- und Radiogeräten auch für diejenigen mitbezahlen, die ausschließlich Computer oder Smartphone nutzen. Der Computergucker konnte bei der GEZ einfach darauf verweisen, dass er keinen Fernseher habe, und nutzte gegebenenfalls die Mediathek im Internet. Der Smartphone- und Tablet-Hörer machte deutlich, dass er kein Radio habe und das Deutschlandradio, wenn gewünscht, mit einer App seiner Wahl konsumiere.

Das war nicht gerecht. Diese Ungerechtigkeit hat die Reform beseitigt. Deswegen wäre es nur gerecht, die ehrlichen Beitragszahler nun zu belohnen. Beitragsgerechtigkeit nicht nur der Sache nach, sondern auch der Höhe nach zu schaffen ist ein Gebot der politischen Fairness. Das bedeutet, den ehrlichen Beitragszahlern die Beiträge zurückzugeben, die sie zuviel bezahlt haben; denn mindestens genauso eindeutig war die zweite Prämiss-

se der Reform. Sie sollte nicht zu Mehreinnahmen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk führen, sondern das Beitragsaufkommen stabilisieren.

Medienberichte, nach denen es Mehreinnahmen geben soll, liegen seit Oktober 2013 vor. Erst war von 80 Millionen € die Rede. Dann waren 500 Millionen € im Gespräch. Seit dem 3. Dezember wandert die Zahl 1 Milliarde € durch die Blätterwelt. Am 4. Dezember 2013 erklärte der Vorsitzende der KEF Heinz Fischer-Heidberger offiziell bei ARD und ZDF, die KEF geht davon aus, dass es zu einer Absenkung des Beitrags kommen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn nun die dafür zuständige unabhängige Kommission Senkungspotenziale sieht, dann kann die Politik nicht einfach sagen, nein, wir sehen diese Potenziale nicht. Ich darf deswegen für unsere Fraktion erklären: Auch wir gehen davon aus, dass es zu einer Absenkung des Beitrags kommt, wenn sich die jetzt bekannt gewordenen Informationen und Zahlen bestätigen.

(Beifall bei der CDU)

Für einen solchen Schritt sprechen aus der Sicht unserer Fraktion vier Gründe. Erstens. Der von der KEF für die laufende Beitragsperiode 2013 bis 2016 anerkannte Mehrbedarf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beläuft sich nicht auf 1 Milliarde €, sondern auf 304 Millionen €. Das bedeutet, nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen bezögen die Anstalten bis zum Jahr 2016 rund 700 Millionen € mehr. Deswegen sind klare Maßgaben des Landtages gefasst worden, der am 10. November 2011 beschlossen hat - ich darf aus der Drs. 6/566 zitieren -:

„Etwaige sich im Zuge der Reform ergebende Mehreinnahmen sind für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen zu nutzen.“

Zweitens. Mit der Reform wurde im privaten Bereich ein klares und einfaches System geschaffen: eine Wohnung - ein Beitrag. Im nicht privaten Bereich hat man keine einfache und klare Regelung gefunden. Die Regelung „eine Betriebsstätte - ein Beitrag“ gibt es nicht. Die Folge ist, dass der selbständige Handwerksmeister viermal veranlagt wird, erstens als Privatperson, zweitens für seine Betriebsstätte, drittens für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schließlich für seine Lieferfahrzeuge.

Genau aus diesem Grund hat der Landtag - Kollege Borgwardt wird sich noch daran erinnern - schon am 9. Dezember 2010, also vor der Unterzeichnung des Staatsvertragsentwurfes, darauf hingewiesen, dass der Rundfunkbeitrag im Falle des Zustandekommens einer Evaluierung durch eine unabhängige Stelle unterzogen werden muss. Der Landtag hat außerdem deutlich gemacht, dass

insbesondere die Veranlagung von nicht privaten, gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen nicht der Idee eines geräteunabhängigen Beitragssystems entspricht.

Mit der Ratifizierung des Staatsvertrages am 10. November 2011 hat der Landtag dann beschlossen - ich zitiere -:

„Der Landtag betont die Notwendigkeit, die Anknüpfungstatbestände der Beitragserhebung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages auf Grundlage des 19. KEF-Berichtes auf ihre finanziellen Auswirkungen und Ausgewogenheit hin zu untersuchen. Der Landtag erwartet insbesondere, dass a) die Einbeziehung von nicht privaten, gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen gemäß Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 2 dieses Staatsvertrages mittelfristig entfällt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Ministerpräsident Haseloff in der „FAZ“ am 5. Dezember feststellt, dass er bei einer Entlastung der Beitragszahler insbesondere auch die gewerbliche Wirtschaft im Blick hat, dann hat er völlig Recht und er hat dafür die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion. Sollten sich die Unwuchten zu Lasten der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Evaluierung bestätigen, muss es hierbei zu einer finanziellen Nachbesserung zugunsten der Unternehmen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Evaluierungsprozess bereits eingeleitet wurde. Mit dem Institut für Wirtschaftsförderung steht ein unabhängiges Institut bereit. Der 19. Bericht der KEF wird voraussichtlich am 26. März 2014 veröffentlicht und dann den Regierungschefs der Länder zugeleitet.

Drittens. Eine Beitragssenkung wäre ein Schritt in Richtung mehr Akzeptanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundestagswahl hat doch bewiesen, wer Steuererhöhungen und steigende Belastungen für die Menschen will, findet keine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern - und das völlig zu Recht.

(Lachen bei der SPD)

Das ist auch beim Rundfunkbeitrag nicht anders. Deshalb kann eine moderate Absenkung bei einer klaren Präzisierung des Auftrags die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sogar verbessern.

Wir als CDU-Fraktion sagen daher ganz klar, wir unterstützen alle Bestrebungen, mit denen die Qualität der Programme im öffentlich-rechtlichen

Rundfunk weiterentwickelt werden kann, damit den Beitragszahlern ein erkennbarer Mehrwert für ihr Geld geliefert wird. Aber eine Logik der permanenten Beitragserhöhungen kann und darf es nicht geben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das führt mich auch schon zum vierten Grund.

Eine schnelle Beitragssenkung würde die Ausgabendisziplin stärken und somit auch den eigentlichen Kernauftrag des öffentlichen Rundfunks.

(Beifall bei der CDU)

Das Alleinstellungsmerkmal des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die qualitativ hochwertige Information und Wissensvermittlung. Mit einer Beitragssenkung würde dieses Prinzip gestärkt; denn wir würden der Gefahr vorbeugen, dass überschüssiges Beitragsaufkommen unnötig verplant wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich nenne als Beispiel das ZDF. Das ZDF hat nach einem Bericht des „Handelsblattes online“ vom 18. November 2013 im kommenden Jahr einen Etat von rund 2,063 Milliarden €. Das ist so viel wie noch nie. Trotz dieser Mehreinnahmen wird aber mit einem Verlust von 94 Millionen € im Jahr 2014 gerechnet; denn die Ausgaben belaufen sich auf 2,157 Milliarden €. Der Grund ist die Häufung von Sport- und Großereignissen im kommenden Jahr wie die Olympischen Spiele in Sotschi, die Fußball-WM in Brasilien und die Leichtathletik-WM. In der Vergangenheit sind Mittel mit dem Kultur- und Informationsbereich in die Unterhaltungsbereiche Sport und Fernsehen verlagert worden.

Ich komme zum Beispiel ARD. Die ARD hat nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. Oktober 2013 im letzten Jahr 361 Millionen € für ihre Sport- und Übertragungsrechte und 444 Millionen € für eigene Filmproduktionen ausgeben.

Diesen rund 800 Millionen € stehen rund 175 Millionen € für die Nachrichtenredaktion „ARD Aktuell“ und die Auslandsberichterstattung gegenüber.

Hand aufs Herz: Wer von Ihnen hat diese Woche schon „Einsplus“ oder „Einsfestival“ geguckt?

(Herr Hövelmann, SPD: Ich! - Herr Miesterfeldt, SPD: Ich auch!)

Zwei. Ich sehe es. Zwei von - -

(Zurufe von der CDU)

- Drei. Gut. Wer bietet mehr? - Die digitalen Spartenkanäle von ARD und ZDF machen in der laufenden Beitragsperiode immerhin 265 Millionen € aus; eine Einschaltquote von 0,3 % steht dem gegenüber.

Die digitalen Spartenkanäle stehen im Rundfunkstaatsvertrag, keine Frage. Aber müssen es wirk-

lich sechs sein? Kann „Tagesschau 24“ nicht vielleicht doch in „Phoenix“ integriert werden?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Ausführung machen. Es macht deswegen keinen Sinn, die Diskussion über die Absenkung des Rundfunkbeitrages von der Diskussion über notwendige Strukturreformen abzutrennen. Beides gehört nun einmal zusammen. Dass es eine Strukturreform geben muss, ist völlig klar. Dass die Doppelübertragung royalter Großereignisse von ARD und ZDF auf gekrönte Häupter oder unmittelbare Thronfolger begrenzt wurde, dürfte selbst der eingefleischteste Royalist nachvollziehen können.

Außerdem unterstützen wir auch, dass es mittlerweile Bemühungen gibt, sportliche Großereignisse gemeinsam zu übertragen und räumliche und technische Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen.

Wir haben als CDU-Fraktion in dieser Debatte immer gesagt: Wir stehen zu einem Jugendkanal, die Sender bestimmen aber selbst den Inhalt. Wir unterstützen im Grundsatz das Ansinnen, jugendgerechte Inhalte zu stärken. Aber die strukturellen und finanziellen Folgen muss die Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, offen diskutieren dürfen.

Der frühere MDR-Intendant Udo Reiter hatte einmal die Kosten für einen Jugendkanal mit 100 Millionen € beziffert. Die Ministerpräsidenten haben sich klar dazu positioniert und möchten Marktanalysen zur Notwendigkeit des neuen Angebots und die Beitragsstabilität mit im Fokus behalten. Genau das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der richtige Weg.

Wir können uns auch vorstellen, vielleicht derartige Programmangebote in vorhandene Strukturen einzubetten, zum Beispiel in den Kinderkanal, gegebenenfalls zu besonderen Sendezeiten. Auch die Frage der Reduzierung der Spartenkanäle scheint schon andiskutiert zu sein. Wenn wir reduzieren, warum nicht von sechs auf zwei, und einer davon ist der zukünftige Jugendkanal?

Präsident Herr Gürth:

Ich muss auf die begrenzte Sendezeit hinweisen.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kurze (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Die Zeit läuft. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die jetzige Debatte über die Beitragssenkung zeigt: Die Evaluierung des Rundfunkstaatsvertrages ist Teil der umfassenden Reformdiskussion, der sich Politik und öffentlich-rechtlicher Rundfunk stellen. Mit der zeitnahen Senkung des Rundfunkbeitrages und dem zügigen Wegfall des Veranlagungsstatbestan-

des gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2 des Staatsvertrages könnten zwei wichtige Schritte zu mehr Akzeptanz der Reform und damit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gemacht werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Kurze. - Für die Landesregierung spricht der Staatsminister Herr Robra.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke den Einbringern der Aktuellen Debatte, weil die Aktuelle Debatte Gelegenheit gibt, ein paar aktuelle Informationen zu diesem wichtigen Thema einzuspeisen. Zunächst einmal vorab: Die Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag war die wohl umfassendste Reform im Medienwesen seit vielen, vielen Jahren. Niemand wusste wirklich so ganz genau, was herauskommt.

Ich gebe gern zu, wir stellen jetzt fest, wir liegen bei 3 % mehr als erwartet. Das ist die Größenordnung. Wir reden immer über Vierjahresbeträge. Wenn der Jahresbetrag bei ungefähr 250 Millionen € liegt, dann ist das, bezogen auf die annähernd 8 Milliarden €, die jährlich im System aufgehen, eben nicht so wahnsinnig viel.

Wenn wir unter dem notwendigen Bedarf gelegen hätten, dann hätten wir ein wesentlich größeres Problem. Jetzt können wir uns darüber Gedanken machen, wie wir strukturell reagieren. Jetzt können wir uns Gedanken darüber machen, wie wir den Beitrag absenken, aber bitte eben auch - das muss man ehrlicherweise zugeben - nicht in den Größenordnungen, die manche erwarten, wenn wir von Milliardenbeträgen auf vier Jahre rechnen. Lassen Sie uns bitte die Jahresbeträge berücksichtigen.

Eine zweite Vorbemerkung. Wir werden in der Rundfunkkommission, insbesondere in der Arbeitsgruppe „Beitragsstabilität“ unter sächsischem Vorsitz, weiter darauf hinwirken, dass die Rundfunkanstalten den Funktionsauftrag, den ihnen die Politik gibt, so effizient und effektiv wie irgend möglich wahrnehmen. Auch dort darf die gegenwärtige Überdeckung, der Mehrerlös, nicht dazu führen, dass der Druck nachlässt. Darin bin ich derselben Auffassung, die Sie, Herr Kurze, eben dargelegt haben.

Wir müssen weiter am Ball bleiben und darauf drängen, dass alles das, was nicht notwendigerweise zur Erledigung des Funktionsauftrags erforderlich ist, weiter abgebaut wird. Wir können uns jetzt nicht in die Hängematte legen nach dem Motto: Das Geld reicht ja.

Vielleicht noch ein paar wichtige Hinweise zum aktuellen Beratungsstand. Die KEF wird uns im Laufe

der nächsten Woche ihren Entwurf vorlegen. Wir alle wissen noch nicht so genau, welche Zahlen darin stehen und in welcher Präzision die einzelnen Zusammenhänge dargestellt werden. Das könnten wir Ende nächster Woche präziser sagen. Am 15. Januar wird die Rundfunkkommission, gemeinsam mit den Vertretern der KEF, diesen Entwurf des Berichtes diskutieren, der im Laufe der nächsten Wochen konkretisiert wird. Erst dann haben wir eine gesicherte Zahlenbasis.

Wir wissen inzwischen - die Vorsitzende der Rundfunkkommission, Staatssekretärin Kraege aus Rheinland-Pfalz, hat den Intendanten Marmor noch einmal befragt, was aus der Sicht der ARD wichtige Ursachen sind -, dass ein erheblicher Anteil der erwarteten Mehreinnahmen aus der sogenannten Direktanmeldung herrührt.

Das ist ein System, das der heutige Beitragsservice, die früher so genannte GEZ, erst vor wenigen Monaten eingeführt hat. Dahinter verbirgt sich nichts anderes, als dass diejenigen, die bei der Haushaltsabfrage erfasst worden sind, die sich aber auf Schreiben der GEZ oder des Beitragsservice hin nicht melden, jetzt automatisch angemeldet werden und damit als Beitragsschuldner gelten.

Ob die dann tatsächlich zahlen oder ob man hinter diesen Beiträgen herlaufen muss, wird sich erst zeigen. Wer sich über Monate oder Jahre nicht gemeldet hat - auch auf insistierende Schreiben hin nicht -, wird nicht unbedingt deshalb, weil er jetzt den Bescheid bekommt, sofort Einzahler werden.

Auch dabei muss man sehen, wie viel das ausmacht. Allein diese Maßnahme ist ursächlich für 390 Millionen € oder annähernd 100 Millionen € jährlich erwarteter Mehreinnahmen. Das muss man erst einmal verifizieren, ob das so ist oder nicht.

Eine weitere für die künftigen Beratungen wichtige Information ist, dass etwa die Hälfte der Mehrerträge auf den privaten Bereich entfällt. Das heißt aber auch konsequenterweise: Die andere Hälfte entfällt auf den nicht privaten, also den gewerblichen und den kommunalen Bereich. Sie erinnern sich an die Diskussionen unter den Kommunen - die kommunalen Spitzenverbände haben das in den letzten Monaten thematisiert -, dass sie den Eindruck haben, sie würden über Gebühr zu den Beiträgen herangezogen werden. Auch dabei wird man genauer analysieren müssen: Wo kommt das her?

Der Grundsatz der Verteilung ist in etwa so - das lag seinerzeitigen Kalkulationen zugrunde -: 90 % bringen die privaten Haushalte, 10 % bringen die gewerblichen und sonstigen Institutionen. Dabei muss man sehen, ob diese Balance weiter gewahrt werden kann. Wir werden das gemeinsam in den

nächsten Wochen sehr genau analysieren müssen.

Wenn man sich Gedanken darüber macht, welches Potenzial zur Beitragssenkung besteht, dann ist wichtig zu wissen, dass 10 Cent Beitragshöhe ungefähr 40 Millionen € Einnahmen generieren. Anders herum gesagt: 1 € gleich 400 Millionen € Mehreinnahmen. Das sei gesagt, um das in der weiteren Diskussion abschätzen zu können.

In der Rundfunkkommission - wir haben uns Mittwochabend, also zeitnah, noch einmal getroffen, um uns auf diese Situation vorzubereiten - besteht inzwischen Einvernehmen, dass wir in zwei Körben reagieren wollen. Wir denken schon, dass - je nachdem, wie hoch die Mehreinnahmen tatsächlich ausfallen - alle einen Anspruch darauf haben, dass sehr schnell ein gewisser Betrag zurückgegeben wird, damit auch das Ganze abgedeckt wird.

Das wäre der erste Korb: Senkung des Beitrages um einen noch genauer zu eruiierenden Betrag, der dann allerdings - so wie es das System vorsieht - zu 90 % den Privaten und zu 10 % den Gewerblichen und Kommunalen zugute kommt.

In einem zweiten Korb wird es darum gehen, nach genauerer Analyse der Ursachen für die - ich kann es auch so formulieren: positiven Erträge - - Wie gesagt, negativ wäre für uns eine wesentlich schwierigere Situation. Dann müssten wir nachführen.

(Herr Borgwardt, CDU: In der Vermittlung!)

Das bleibt uns Gott sei Dank erspart. Das hieße nämlich Beitragserhöhung. Das tritt nicht ein. Darüber können wir froh sein.

Der zweite Korb jedenfalls wird dann die Frage sein, an welchen Stellen wir nachsteuern. Dabei kann ich nur unterstreichen, dass für uns die Maxime das ist, was der Landtag im November 2011 festgesetzt hat:

(Zustimmung bei der CDU)

zum einen die Streichung der Einbeziehung von nicht privaten, gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen, zum anderen die Datschenproblematik, die uns in der Umsetzung auch extreme Probleme bereitet hat.

Alles in allem: Es bleibt spannend, gerade auch in den nächsten Wochen. Ich bin gern bereit, im Ausschuss kontinuierlich über den Fortgang der Erkenntnisse zu berichten, auch über die Vorlage der konkreten und gesicherten Zahlen durch die KEF. Dann werden wir zusehen müssen, dass wir in diesem ersten Schritt recht bald in einem zu definierenden Korridor den Beitrag senken und in einem zweiten Schritt, unter Einbeziehung der dann vorliegenden Evaluierungsergebnisse, die strukturellen Anpassungen vornehmen, die dabei erforderlich sind.

Ich unterstreiche noch einmal: Die Herausforderung für die Zukunft, Beitragsstabilität zu gewährleisten und den Funktionsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen auf das Wesentliche zu konzentrieren, auch bei den Öffentlich-Rechtlichen sparsam zu wirtschaften, bleibt eine unverändert große Herausforderung, bei der die Politik die Hauptverantwortung trägt, der sie sich nicht entziehen kann, darf und auch nicht entziehen will. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Staatsminister Robra. - Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Gebhardt.

Herr Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Sicht meiner Fraktion kommt die Aktuelle Debatte mit diesem Thema eindeutig zu früh.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Oder Sie zu spät!)

Wenn ich mir die Reihen der antragstellenden Fraktionen anschau, dann bezieht sich das auf die Uhrzeit, aber hauptsächlich auf die Wahl des Tages. Wenn Herr Robra eben richtig gesagt hat, dass der offizielle KEF-Bericht den Anstalten erst in der nächsten Woche übergeben und die offizielle Zahl erst dann bekannt gegeben wird, dann können wir heute nichts anderes tun als mutmaßen.

Herr Kurze, Sie selbst haben in Ihren Formulierungen ständig den Konjunktiv gebraucht: Wenn die Zahlen stimmen sollten, die gerüchtweise hier und da standen, dann könnten wir usw.

(Frau Brakebusch, CDU: Lieber früher als zu spät!)

Ich bin der Meinung, wenn man den Beitragszahlenden und Beitragszahlern wirklich seriös sagen will, dass Mehreinnahmen in einer bestimmten Größenordnung vorhanden sind und wir tatsächlich eine sinnvolle Beitragsentlastung hinbekommen, dann sollte man dafür auch einen seriösen Zeitpunkt abpassen. Alles andere ist unseriös und deutlich populistisch.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Und das von der LINKEN!)

Wenn wir wissen, wie hoch die Beitragseinnahmen tatsächlich sind, dann bitte ich darum, wie Herr Robra gesagt hat, dass wir uns nicht nur an Beitragssenkungen orientieren, sondern auch über die Ausweitung von Befreiungstatbeständen nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Kurze, CDU: Ist klar!)

Das gilt aus der Sicht meiner Fraktion natürlich für viele soziale Aspekte. Ich denke an Menschen mit Behinderungen. Ich denke an dieser Stelle aber auch, wenn ich beispielsweise Herrn Keindorf ansehe, an kleine und mittelständische Betriebe.

(Frau Brakebusch, CDU: Gerade darum geht es ja!)

Ich denke daran, dass Doppelzahlungen wie die aufgrund der Datschenproblematik, die Herr Robra dankenswerterweise angesprochen hat, von uns aufgegriffen werden, und daran, dass die Ungerechtigkeiten, die es in dem System nach wie vor gibt, beseitigt werden.

Interessant fand ich, was Herr Kurze zu den digitalen Spartenkanälen gesagt hat.

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Ich auch!)

Wissen Sie, eigentlich kenne ich von Vertretern Ihrer Partei die Auffassung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll auch ein Programm für die Nische machen. Jetzt erzählen Sie mir, sie sind in der Nische, sollen aber nur massenattraktive Programme machen. Sie argumentieren deutlich mit der Quote. Was sollte ansonsten die Aussage, die erzielen nur einen Marktanteil von soundso viel Prozent und sind überflüssig?

Außerdem finde ich es schwierig, die Attraktivität eines Programms davon abhängig zu machen, wie viele Landtagsabgeordnete sich melden und es tatsächlich schauen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen an einer Stelle Recht: Man kann über eine Reform der digitalen Spartenkanäle nachdenken. Wir haben dazu unlängst einen Antrag in das Plenum eingebracht; er liegt im Ausschuss. Es liegt an Ihnen, ob Sie dem auch irgendwann zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Dank sehr, Herr Gebhardt. - Als Nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Felke.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen, weil ich nicht das wiederholen möchte, was von meinen Vorrednern schon gesagt worden ist. Wie Kollege Gebhardt halte ich die Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt für entbehrlich, wenn nicht sogar für überflüssig.

(Zustimmung bei der LINKEN - Frau Bull, DIE LINKE: Das ist sie!)

Wir haben hier im Hause vor rund zwei Jahren einen Beschluss gefasst, wie mit etwaigen Mehreinnahmen bei dem neuen Beitragsmodell umgegangen werden soll. Darauf wird in der Begründung für die heutige Aktuelle Debatte auch noch einmal ausführlich hingewiesen. Ich erkläre hier gern, dass wir als SPD-Fraktion natürlich noch heute zu diesem Beschluss stehen, wenn es dessen bedurfte.

Was ist also wirklich neu, was eine Aktuelle Debatte rechtfertigen könnte? - Seit Anfang dieses Monats scheint festzustehen, dass mit Mehreinnahmen gerechnet werden kann. Die konkrete Höhe freilich steht noch nicht fest. Darauf ist Staatsminister Herr Robra eben sehr ausführlich eingegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt verwundert das auch nicht.

Die KEF geht davon aus, dass es zu einer Absenkung des Beitrags kommen kann. Die Grundlage dafür sind Neuberechnungen der Anstalten, die geprüft werden müssen. Danach könnte die KEF einen Vorschlag für eine neue Beitragshöhe machen.

Wir sollten Geduld aufbringen, bis wirklich belastbare Zahlen vorliegen. Es gilt, die Höhe der zusätzlichen Einnahmen zu eruieren, um zu sehen, aus welchen Bereichen die Mehreinnahmen kommen, um dann gezielt eine Entlastung vorzunehmen und eventuelle Unwuchten in dem neuen System zu beseitigen.

Wir sollten uns jetzt aber nicht gegenseitig bei der Verkündung guter Taten übertreffen wollen. Damit liege ich im Übrigen auf einer Linie mit der bayerischen Staatskanzleiministerin Christine Haderthauer, die in „Spiegel Online“ wie folgt zitiert wird:

„Es ist unseriös, jetzt einen Wettbewerb um eine Senkung des Rundfunkbeitrags aufzumachen.“

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Nicht vergessen werden darf, dass mit dem Modellwechsel die Finanzierungsbasis der öffentlich-rechtlichen Programme offensichtlich gesichert werden konnte. Wir als SPD wollen auch in Zukunft einen öffentlichen Rundfunk, der für möglichst niveauvolle und kulturell interessante Programme im Fernsehen und im Radio steht und möglichst wenig auf Einschaltquoten schießt.

Wir werden ein kritischer Partner bleiben, dem Transparenz und Haushaltskonsolidierung in den einzelnen Sendern wichtig bleibt, und auch die Beitragsstabilität haben wir natürlich im Blick.

Meine Damen und Herren! Die Antragsteller der heutigen Debatte haben zugleich einen Antrag auf

Selbstbefassung im Medienausschuss gestellt, der am 12. Februar 2014 behandelt werden soll. Dort sollten wir die Diskussion vertiefen, dann hoffentlich schon auf der Grundlage belastbarer Zahlen. Auch über die Spartenkanäle und über die Zukunft eines Jugendkanals könnten wir uns dann intensiv austauschen. - Für heute danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Abgeordneter Felke. - Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Herbst.

Herr Herbst (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich bei der Beurteilung der Notwendigkeit einer Aktuellen Debatte zum jetzigen Zeitpunkt im Wesentlichen meinen beiden Vorrednern anschließen. Auch wir halten die Debatte an dieser Stelle wegen der fehlenden Zahlenbasis für verfrüht, wenn nicht für überflüssig. Die Zahlen werden erst in Kürze vorgelegt werden. Eine Aktuelle Debatte zu etwas zu beantragen, was die Spatzen von den Dächern pfeifen, ist außerdem äußerst fragwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Zur Verwendung etwaiger Mehreinnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde in der Protokollerklärung der Freien und Hansestadt Hamburg, des Landes Niedersachsen, des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag festgestellt - ich darf zitieren -:

„dass für die Akzeptanz des neuen Finanzierungssystems eine aufkommensneutrale Gestaltung entscheidend ist. Etwaige im Zuge der Neuordnung der Rundfunkfinanzierung entstehende Mehreinnahmen werden daher für eine Reduzierung der Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden.“

Mit diesen Ausführungen will ich es zu diesem Punkt einer etwaigen Verwendung von Mehreinnahmen bewenden belassen.

Erlauben Sie mir aber einen kurzen Ausblick auf die weitere Diskussion, wenn dann wirklich eine solide Datenbasis vorliegen wird und wir uns im nächsten Jahr an dieser Stelle und auch im Ausschuss noch einmal damit beschäftigen werden.

Wenn ich mir die aktuellen Themen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insbesondere mit Blick auf das nächste Jahr ansehe, so muss konstatiert werden, dass durchaus noch andere Möglichkeiten bestehen, mit etwaigen Mehreinnahmen umzuge-

hen. Zumindest als Diskussionsgrundlage sollten auch andere Möglichkeiten als nur die Senkung des Rundfunkbeitrags,

(Herr Schröder, CDU: Das ist der Unterschied!)

egal ob pauschal oder lediglich für bestimmte Gruppen, bedacht werden.

Was sind denn andere aktuelle Themen? - Ich denke beispielsweise an den barrierefreien Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch an den schon erwähnten Jugendkanal.

Den barrierefreien Zugang zu realisieren, ist eine arbeits- und kostenintensive Angelegenheit. Nichtsdestotrotz ist dieser voranzutreiben, will man den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wirklich ernst nehmen. Hör- und sehbehinderten Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich aus allgemein zugänglichen Quellen unterrichten zu lassen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Derzeit besteht ein Untertitelungsgrad von 55 %. Der MDR hat angekündigt, stufenweise bis zum Jahr 2017 mehr als 80 % seines Fernsehprogramms mit Untertiteln auszustrahlen. Der Anteil der Sendungen mit Audiodeskription soll ebenfalls schrittweise erhöht werden. Ich bin mir sicher, dass diese guten Fortschritte weiter gefördert und beschleunigt werden könnten, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde.

Der Jugendkanal ist im Oktober dieses Jahres vor allem aus Gründen der ungesicherten Finanzierungslage erst einmal zur Seite gelegt worden. Zumindest könnte hier eine Diskussion darüber geführt werden, ob Mehreinnahmen aus den Rundfunkbeiträgen oder Teile davon die Realisierung eines qualitativ hochwertigen Jugendkanals beflügeln könnten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk könnte auf diese Weise für einen breiteren Teil der Gesellschaft erreichbar und erlebbar gemacht werden.

Herr Staatsminister Robra hat in der Zeitschrift „promedia“ in der Dezember-Ausgabe dieses Jahres auf die Frage nach dem Jugendkanal geantwortet - ich darf zitieren -:

„Das Thema trimediales Jugendangebot ist und bleibt auf dem Tisch.“

Offensichtlich gilt das auch für diese Landesregierung. Das ist erfreulich. Die Sender haben dafür jährliche Kosten in Höhe von ungefähr 45 Millionen € veranschlagt.

Herr Staatsminister Robra hat in dem gleichen Artikel auch geäußert - Zitat -:

„Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben den Tagesord-

nungspunkt 'Gemeinsames Jugendangebot von ARD und ZDF' bei ihrer Jahreskonferenz vom 23. bis 25. im Oktober 2013 ausführlich und intensiv beraten.“

Wir unterstützen diese Beratungen. Ohne das Ergebnis vorwegnehmen zu wollen, darf ich für meine Fraktion aber anmerken, dass eine Integration eines etwaigen Jugendkanals in das KIKA-Angebot doch mehr als fragwürdig erscheint, Kollege Kurze.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Die Länderchefs haben unter anderem festgestellt, dass ein crossmediales Jugendangebot sicher eine wertvolle Ergänzung der bisherigen Programmangebote sein kann. Allerdings gibt es dabei offensichtlich noch inhaltlichen und finanziellen Klärungsbedarf.

Meine Damen und Herren! Wir sehen auch bezüglich dieses Themas einen Zusammenhang mit der Veröffentlichung des 19. Berichts der KEF und freuen uns auf die Diskussion zu diesem Thema im nächsten Frühjahr. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Herbst.

(Herr Kurze, CDU, geht zum Rednerpult)

- Nein.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Herr Kurze, CDU: Bin ich nicht noch einmal dran?)

In einer Aktuellen Debatte wird nach § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung kein Beschluss herbeigeführt. Es handelt sich auch nicht um einen Initiativantrag, der eingebracht wird und zu dem dann alle Fraktionen Stellung nehmen. Es wird debattiert. Regierung und Parlament haben debattiert und somit kommen wir - -

(Herr Schröder, CDU: Eine Intervention kann er doch machen! - Herr Gallert, DIE LINKE: Das muss doch nicht sein!)

- Eine Kurzintervention wäre möglich, bevor ich den Tagesordnungspunkt schließe.

Herr Kurze (CDU):

Herr Präsident, eine kleine Kurzintervention werde ich doch sicherlich machen dürfen. Das war mein Weg eben in diese Richtung, aber Sie haben so erstaunt geguckt, Herr Präsident.

Ich denke, es ist richtig und wichtig, dass wir diese Debatte heute geführt haben. Ich hoffe, wenn wir eine Berichterstattung darüber erleben werden, dass der Beitragszahler genau erkennen wird,

wem das Beitragsaufkommen und die Höhe des Beitrags wichtig ist und wem nicht.

(Oh! bei der LINKEN - Frau Bull, DIE LINKE: Jetzt wird es deutlich!)

- Ja, ist doch gut; man wird doch einmal ausreden dürfen. - Da wir in Sachsen-Anhalt nun mal früher aufstehen, haben wir die Debatte heute schon beantragt, um dieses Thema frühzeitig anzureißen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gallert, DIE LINKE: Ist eine Schlagzeile in der „Volksstimme“! Das ist okay!)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Weitere Nachfragen zum letzten Redner oder Kurzinterventionen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Aktuelle Debatte.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich den kleinen technisch-organisatorischen Hinweis geben, dass nach unserer Sitzung heute mit einem mehr oder weniger großen Zeitverzug die Umbaumaßnahmen beginnen. Deshalb darf ich Sie herzlich bitten, Ihre Fächer auszuräumen und alles mitzunehmen, wenn Sie gehen.

(Unruhe)

- Ihre Schubfächer unter den Tischen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Alles klar!)

Ich sage das zum Schluss noch einmal. Wunderbar.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Erste Beratung

Ausgewogenes Schulnetz im Lande erhalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2616**

Herr Höhn ist der Einbringer. Herr Höhn, Sie haben das Wort.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter Missachtung des Koalitionsvertrages wurde im Mai 2013 eine Verordnung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vorgelegt.

Im Gegensatz zur letzten Verordnung von vor fünf Jahren - das ist schon mehrmals erwähnt worden - wurde seitens der Landesregierung das Einvernehmen mit dem Fachausschuss weder herbeigeführt noch wirklich gesucht. Ich vermute, es liegt

daran, dass vorher klar war, dass es nicht zustande kommen wird.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich will heute bei diesem Thema nicht mit Zahlen und Strukturdaten beginnen - einige kommen noch, keine Sorge -, sondern würde gern etwas grundsätzlicher beginnen, weil auch der Antrag, den wir heute eingebracht haben, einen anderen Zugang wählt als üblicherweise.

Wir sind uns, denke ich, zumindest darin einig, Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, sich stärker in gesellschaftliche und politische Debatten einzubringen, sich zu engagieren, mitzumachen und auch mitzuentcheiden. Das meist zitierte Indiz dafür sind im Regelfall die Zahlen zur Wahlbeteiligung - seien es nun Kommunalwahlen, Bundestagswahlen und im nächsten Jahr sicherlich auch wieder einmal die Europawahlen.

Wenn Sie Bürgerinnen und Bürger fragen - ob Sie das anonym, in irgendwelchen Studien oder im direkten Gespräch auf der Straße machen -, dann merken Sie immer wieder sehr deutlich: Es gibt ein fast mit Händen zu greifendes Urteil, mit dem die mangelnde Beteiligung begründet wird. Das kann man kurz auf die Formel bringen: Was soll's? Die Politiker - das sind wir im Regelfall alle, da ist dann auch egal, ob Regierung oder Opposition - machen sowieso, was sie wollen.

Nun bin ich selbst lange genug in politischen Funktionen unterwegs, um zu wissen, dass eine ganze Reihe dieser Dinge wirklich Vorurteile sind. Aber wir müssen uns auch als Politikerinnen und Politiker schon regelmäßig die Frage stellen, mit welchen Entscheidungen wir aktiv dazu beitragen, Bürgerinnen und Bürger zu entmutigen und ihnen deutlich zu machen: Es ist uns egal, was ihr zu kritisieren habt, wir machen weiter.

Gute Politik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie unbeeindruckt durchzieht. Manche verwechseln das mit Führungsstärke - das Gegenteil ist der Fall.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Gute Politik braucht Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, entsteht im Dialog, ermöglicht Mitbestimmung, sucht den Interessenausgleich und basiert auf Redlichkeit in der Sache. All diese Dinge - Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Dialog, Interessenausgleich, Redlichkeit - sind beim Thema Schulentwicklungsplanung nicht oder wirklich nur in Ansätzen zu finden, und das ist zu kritisieren, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich will zu diesen einzelnen Punkten etwas sagen.

Erstens. Verlässlichkeit von Politik:

(Zuruf von der CDU: Wichtigkeit von Politik!)

Das, was jetzt stattfinden soll, hat mit den Aussagen der politischen Parteien, mit ihren Wahlprogrammen und dem geschlossenen Koalitionsvertrag nichts zu tun.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es ist sogar in weiten Bereichen das Gegenteil.

(Herr Borgwardt, CDU: In weiten Bereichen? Mein lieber Freund!)

Zweitens. Dialog und Mitbestimmung: Wir haben - meine Fraktion - die Landesregierung frühzeitig gebeten, über die neuen Planungsgrundsätze den Dialog zu suchen, nicht nur mit dem Fachausschuss dieses Landtags, sondern vor allem mit den Schulträgern, also den Kommunen. Vor einem halben Jahr haben wir die Landesregierung mit einem erneuten Antrag hier im Plenum zum wiederholten Male aufgefordert, die Vorgaben zurückzunehmen und den Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort zu suchen. Sie haben dieses Anliegen mit den Stimmen der Koalition abgelehnt.

Mittlerweile sind die Kommunen mit der konkreten Umsetzung befasst und mit den Auswirkungen der Festlegungen der Landesregierung konfrontiert, und sie formulieren Widerstand. Sie fordern die Landesregierung genauso wie den Landtag auf, die Vorgaben zu korrigieren.

Ich gestatte mir, noch einmal eine kleine Auswahl in Erinnerung zu rufen, eine Auswahl, die den meisten von Ihnen bekannt sein dürfte: die Stellungnahme des Kreiselternrates Saalekreis an die Kreisverwaltung, die wir als Abgeordnete zur Kenntnis bekommen haben, die Petition des Stadtrates der Stadt Calbe zur Schulentwicklungsplanung, das Positionspapier des Stadtrates der Stadt Zörbig, die Resolution des Kreistages des Burgenlandkreises zur Verordnung zur Schulentwicklungsplanung 2014, das Aktionsbündnis Grundschulen vor Ort, das Positionspapier des Kreistages Wittenberg zur Verordnung, die Resolution der Stadt Sangerhausen gegen die Umsetzung von Inhalten der Verordnung, die Stellungnahme zur neuen Schulentwicklungsplanung der Elternvertreter Plötzkau, das Schreiben des Stadtrates der Stadt Arendsee zur Schulentwicklungsplanung, das Schreiben der Stadt Zeitz zum Erhalt der Grundschulstandorte, das Schreiben des Landrates des Landkreises Stendal bereits aus dem letzten Jahr.

Ich könnte weitere nennen und wage auch die Voraussicht, dass weitere hinzukommen werden.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja!)

Was ist nun der Effekt, das Ergebnis dieser breiten Mobilisierung und dieser breiten Kritik? - Die Regierung sagt nein. Meine Damen und Herren! Dialog sieht anders aus.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Drittens. Interessenausgleich: Unbenommen tragen Landtag und Landesregierung gemeinsam Verantwortung dafür, dass die öffentlichen Haushalte solide aufgestellt werden. Landespolitik muss aber ebenso ein Interesse daran haben, gleichwertige Lebensverhältnisse im Land zu gewährleisten, und das nicht nur, weil das möglicherweise als formale Pflicht angesehen wird, sondern deshalb, weil es im Interesse gemeinsamer Zukunftsfähigkeit liegt.

Diese Zukunftsfähigkeit definiert sich eben nicht nur an fiskalischen Kriterien, sondern auch daran, welche Bildungsperspektive Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt haben. Es wird immer gern darauf abgehoben, es sei im Interesse künftiger Generationen, den Haushalt zu konsolidieren, womit im Regelfall „kürzen“ gemeint ist. Ich würde gern die Frage stellen: Ist es denn nicht auch im Interesse genau dieser Generation, dass sie ein gut erreichbares Schulnetz und ein qualitativ hochwertiges Angebot mit personell gut ausgestatteten Schulen vorfindet, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Also: Um wessen Interessen geht es denn? Geht es am Ende nicht einfach nur um das Interesse der Landesregierung, Recht behalten zu haben? Das, meine Damen und Herren, kann nun kein Maßstab sein.

Niemand ignoriert, dass Strukturen nicht auf Ewigkeit unverändert bleiben können. Aber lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Der Finanzminister hat gestern beim Thema Personal auch wieder den Eindruck erweckt, dass außer ihm und vielleicht dem einen oder anderen Fan hier in den Fraktionen niemand im Land bereit wäre, Strukturen zu verändern. Wenn es eine Struktur gibt, die in den letzten 20 Jahren ihren Beitrag geleistet hat, dann ist es das Schulnetz, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Deswegen will ich an dieser Stelle zwei Zahlen nennen: 1991/92 hatten wir in Sachsen-Anhalt 1 731 öffentliche Schulen. Im Jahr 2012/13 waren es 834. Dieses Schulnetz hat seinen Beitrag zur demografischen Entwicklung geleistet, und es ist Aufgabe der Landesregierung, dies auch einmal zu würdigen und nicht weiter nur Kürzungen zu fordern, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn Frau Budde gestern darauf hinwies, dass es nicht allein der Arbeitsplatz sei, der Menschen nach Sachsen-Anhalt führe oder hier halte, dann hat sie damit natürlich Recht. Wer politisch auf den prognostizierten demografischen Knick in zehn Jahren, also 2025, reagieren will, der muss sich die Frage stellen, welche Alternative er auswählt. Die Landesregierung, die Mehrheit dieses Hauses entscheidet sich bisher dafür, jetzt schon - zehn Jahre vorher, vor dieser Situation - zu kapitulieren.

(Zuruf von der CDU: Och, nee!)

Die Alternative wäre ein aktives Gegensteuern, meine Damen und Herren. Wer Strukturen permanent zurückbaut und damit Qualität zurückbaut, muss sich nicht wundern, dass Bürgerinnen und Bürger darauf reagieren und weiterhin weggehen. In wessen Interesse kann das sein? - Nicht in unserem.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Viertens. Redlichkeit: Sie behaupten in den Debatten für die jetzt vor uns liegende Planungsperiode für die Schulentwicklung - also für den Zeitraum 2014 bis 2019 -, die demografische Entwicklung erfordere dies. Das ist falsch. Im Planungszeitraum bis 2019 bleiben die Schülerzahlen stabil. Sie sagen - das ist schon bemerkenswert -, der kommende Personalmangel an den Grundschulen erfordere diese Einschnitte. Ich habe gerade einen Zeitungsbericht gelesen, in dem sich der Staatssekretär zur Resolution des Burgenlandkreises äußert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit Jahren diskutieren wir hier in diesem Haus über die Tatsache, dass wir aufgrund der Altersabgänge und der mangelnden Neueinstellungen auf einen Personalmangel zusteuern. Über Jahre ist mir erklärt worden: Das ist Schwarzmalerei! Hören Sie mal auf! Das ist so wie in den anderen Ländern. Damit geht es schon klar. - Jetzt, wo die Situation eintritt, begründet die Landesregierung die Schulschließungen mit dem - huch! - eingetretenen Personalmangel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schon bodenlos.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das ist das Ergebnis Ihrer Entscheidungen, nichts anderes.

Letzter Punkt zum Thema Redlichkeit: Sie behaupten immer gern, mit Ausnahme der kleinsten Grundschulen könne das Schulnetz stabil bleiben. So ist auch die Verordnung geschrieben. Auch das ist falsch. Das, was Sie jetzt anführen, was ich eben genannt habe, um die Grundschulschließungen zu begründen, nämlich der Personalmangel, trifft aufgrund Ihrer falschen Personalpolitik alle Schulformen. Deswegen - das habe ich hier mehrfach gesagt - ist es Augenwischerei zu behaupten,

wir könnten mit dieser Personalpolitik an den weiterführenden Schulen alles so belassen, wie es ist. Die Antwort darauf sind Sie immer noch schuldig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir im kommenden Jahr alle miteinander wieder Bürgerinnen und Bürger aufrufen, sich für kommunale Mandate zu bewerben - wir tun das dankenswerterweise alle miteinander -, und sie dann auch noch auffordern, zu diesen Wahlen zu gehen, müssen wir uns nicht wundern, wenn sie es nicht tun. Nichts, was beim Thema Schulentwicklungsplanung im Moment in diesem Land stattfindet, hat irgendetwas Motivierendes, sich auf kommunaler Ebene zu engagieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Fünftens. Zur Glaubwürdigkeit. Gestatten Sie mir diese Bemerkung: Ich bin es leid, dass die Koalitionsparteien und Abgeordnete dieses Hauses hier jeden lauten Widerspruch vermissen lassen, ihn vor Ort aber selbst mit organisieren, als hätten sie mit all dem hier nichts zu tun. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir haben Ihnen heute erneut einen Antrag vorgelegt. Erster Punkt - ich habe dies immer wieder vorgetragen -: Die Schulnetzplanung ist personell nicht untersetzt. Deswegen eine Reaktion auf das, was der Finanzminister gestern wieder behauptet hat - falsch behauptet hat -, die 2 000 Stellen, die im Personalbereich abgebaut werden, betreffen Personen, die gar nicht mehr im aktiven Dienst seien. Also entweder kennt er seine Tabellen nicht oder er behauptet hier bewusst Unwahrheiten. Es sind die Stellen von 2 000 aktiven Bediensteten, die abgebaut werden sollen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit muss endlich Schluss sein!

Zweite Bemerkung: Gehen Sie endlich auf die kommunalen Planungsträger zu, setzen Sie die Vorgaben für die Grund- und Förderschulen aus und suchen Sie den Dialog mit den Schulträgern. Bisher machen Sie sich einen schlanken Fuß zu lasten anderer. Auch damit muss Schluss sein.

Dritte Bemerkung: Lassen Sie uns endlich über flexible Lösungen reden, die vor Ort praktikabel sind. Wenn Politik von den Betroffenen immer wieder Flexibilität einfordert, dann muss sie auch selber dazu in die Lage sein. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dorgerloh. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, es ist allen in diesem Haus bewusst, dass die Aufstellung von Schulentwicklungsplänen vor Ort keine einfache Aufgabe für die Träger ist. Insbesondere die Zusammenführung von Schulen erzeugt vor Ort Betroffenheit. Dies sind keine einfachen Diskussionen und keine einfachen Entscheidungen.

Herr Höhn, ich kann mich daran erinnern, dass wir vor ungefähr einem Dreivierteljahr - vielleicht können Sie sich daran genauer erinnern - zu einer Dialogveranstaltung in Stendal waren und uns dort den Fragen und Sorgen, aber auch den nötigen Entscheidungen und Debatten gestellt haben.

Ähnlich wie in Stendal gab es ganz viele Diskussionsforen im Land, an den unterschiedlichsten Stellen und zu den unterschiedlichsten Problematiken, zu denen wir unterwegs waren, bei denen wir miteinander gesprochen haben, wo ich Bürgerinitiativen getroffen habe, Bürgermeister, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Kommunalpolitiker. Diese Dialoge sind wichtig und diese Dialoge finden statt. Dialog bedeutet aber auch, dass man mit Wahrheit und Klarheit an diese Themen herangehen muss.

Ich möchte jetzt versuchen darzustellen, warum wir bestimmte Entscheidungen in der Schulentwicklungsplanungsverordnung, die wir im Ausschuss besprochen haben, als notwendig erachten. Es kommt natürlich eine ganze Reihe von Fragen hinzu. Auch diese werden wir in einem weiteren Kommunikationsprozess mit den Leuten vor Ort, mit den Entscheidungsträgern vor Ort, mit den Menschen vor Ort, die häufig zwischen einem lokalpolitischen Herz und nüchternen Fakten abwägen müssen, besprechen.

Natürlich wünschen sich Eltern, Schüler und Lehrkräfte den Verbleib kleiner und - das muss man bei uns so sagen - kleinster Schulen vor Ort. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Ich kann das gut nachvollziehen. Ich habe in den Gesprächen immer wieder gemerkt, wie wichtig das den Betroffenen ist und wie ernst ihnen dieses Anliegen ist.

Kritiker der Schulentwicklungsplanung tragen immer wieder vor - wir haben es eben auch noch einmal gehört -, dass die Schülerzahlen im kommenden Planungszeitraum stabil seien. Das ist richtig, aber eben nur ein Ausschnitt aus einer etwas komplexeren Botschaft.

Fakt ist: Auch wenn die Zahlen jetzt ein paar Jahre lang stabil sind - der demografische Wandel schreitet voran. Die Schulbehörden und die Schulträger müssen sich darauf einstellen. Auf der Grundlage der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt wird eine Abnahme der Geburtenzahl erwartet. Sie wird von derzeit

17 000 auf 15 000 Geburten im Jahr 2015 - das ist nicht mehr lange hin -, auf ca. 12 000 Geburten im Jahr 2020 und auf ca. 9 300 Geburten im Jahr 2025 sinken.

Dies werden wir zuerst an den Grundschulen merken. Auch dort wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler - auch wenn sie jetzt konstant bleibt - sinken, und zwar signifikant.

Reagiert man erst im Jahr 2020, besteht die berechtigte Sorge, dass die Einschnitte in das Schulnetz wesentlich abrupter wären und die politisch Handelnden noch stärker unter Druck geraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung originär nur bei den Grundschulen die Planungsgrößen verändert und moderat angepasst.

Bei den weiterführenden Schulformen hat sich nichts an den Vorgaben zur Schulgröße und Eingangsklassenbildung verändert. Das sage ich ausdrücklich; denn damit wird auch anerkannt, dass in den letzten Jahren in den weiterführenden Schulformen erhebliche Anstrengungen unternommen und Entscheidungen getroffen worden sind. Gerade deshalb ist das sehr differenziert betrachtet worden.

Wir haben nicht erst nach der Verordnung, sondern auch schon im Vorfeld der Verordnung mit vielen Leuten in den Regionen gesprochen und diskutiert. Deswegen gibt es an dieser Stelle ein sehr differenziertes Herangehen. Ich werde dies gleich erläutern.

Warum sind bei Grundschulen Veränderungen der Schulgröße notwendig? Herr Höhn, Sie haben gesagt, die Schülerzahlen seien stabil. Das ist der Blick nach vorn. Aber wir müssen bei den Grundschulen im Hinblick auf diese Frage auch einen Blick zurück werfen und uns fragen: Was ist in den letzten Jahren passiert bzw. was ist in den letzten Jahren nicht passiert?

Diesbezüglich haben wir aus unserer Perspektive und aus unserer Analyse heraus durchaus einen Reformstau festzustellen, der - wenn man es freundlich formuliert - zahlreichen großzügigen Ausnahmeregelungen geschuldet ist.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Wenn wir uns dies in einer vergleichenden Betrachtung der Schulnetze der Flächenländer Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern anschauen, dann ist einer der wesentlichen Befunde, dass Sachsen-Anhalt die mit Abstand meisten kleinen Grundschulen mit weniger als 60 Schülerinnen und Schülern aufweist.

Unser Bundesland verfügte im Jahr 2012 über 82 Grundschulen mit weniger als 60 Schülern, Sachsen über 18, Thüringen über elf und das am

dünnsten besiedelte Mecklenburg-Vorpommern über 20. Noch einmal zum Vergleich: Sachsen-Anhalt hatte 82.

(Herr Leimbach, CDU: Genau!)

Das heißt, wir können nicht nur nach vorn schauen, sondern wir müssen auch fragen: Was ist in den vergangenen Jahren unterlassen worden?

Das Gleiche gilt für Schulen mit weniger als 80 Schülern. Sachsen-Anhalt hatte im Jahr 2012 158 Schulen mit weniger als 80 Schülern, Sachsen 104, Thüringen 60 und Mecklenburg-Vorpommern sogar nur 41. Dies muss man auch wahrnehmen.

Meine Damen und Herren! Diese Kleinteiligkeit bei den Grundschulen im Land wird vor Ort sehr geliebt - das nehme ich wahr und das nehmen wir auch sehr ernst -, aber sie führt natürlich auch zu Problemen, die man nicht wegdiskutieren kann.

Die Zahl der Lehrerstunden an Grundschulen orientiert sich richtigerweise an der Zahl der Schüler. Dies bedeutet, dass an kleineren Grundschulen logischerweise weniger Lehrkräfte arbeiten als an größeren Grundschulen. An Grundschulen mit 40 Schülerinnen und Schülern arbeiten dann eben lediglich vier Lehrkräfte, mit denen gerade einmal die Pflichtstundentafel abgebildet werden kann. Zusätzliche Angebote zur Förderung, Arbeitsgemeinschaften oder fakultative Angebote sind kaum möglich bzw. auf ein Minimum beschränkt. Die so entstandenen reduzierten Grundschulangebote unterscheiden sich deutlich von denen größer Grundschulen.

Ich möchte auf ein weiteres Problem hinweisen, das in diesem Zusammenhang auftritt, nämlich auf die Unterrichtsversorgung im Krankheits- oder Vertretungsfall. Diese Kleinst- und Kleinschulen verfügen nicht über die erforderlichen Personalkapazitäten, um den Vertretungsfall abzusichern. Die Folge wäre dann Unterrichtsausfall. Das ist auch etwas, das niemand will.

Die Landesregierung hat sich ein Personalentwicklungskonzept gegeben. Im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe Lehrkräftebedarf haben wir uns darauf verständigt, die Schüler-Lehrer-Relation an den allgemeinbildenden Schulen anzupassen und in Richtung Bundesdurchschnitt zu entwickeln.

Für ein Flächenland wie Sachsen-Anhalt, das seinen Haushalt zu großen Teilen mit Zuwendungen Dritter bestreitet, ist das ein durchaus richtiges Unterfangen. Die Zielmarke für das Jahr 2019 ist eine Schüler-Lehrer-Relation von 13,5 : 1. Wir haben uns im letzten Schuljahr schon in diese Richtung bewegt. Derzeit haben wir eine Schüler-Lehrer-Relation von fast 12 : 1.

Das gehört natürlich dazu, Herr Höhn. Sie haben es zu Recht angesprochen. Natürlich kann man

sagen: Das wollen wir nicht. Wenn man aber als Regierung sagt, dass das angesichts der finanziellen Möglichkeiten eine wichtige und richtige Entwicklung ist - benachbarte Länder haben uns vorgemacht, dass es möglich ist -, dann hat das natürlich auch Konsequenzen auf Prozesse wie die Schulentwicklungsplanung.

Vor diesem Hintergrund muss man sich die Frage stellen: Können wir uns dann ein so kleinteiliges Grundschulnetz, das deutlich kleinteiliger ist als das unserer Nachbarn, leisten?

Ja, auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts hat Auswirkungen auf das Netz der Förderschulen - das will ich nicht verschweigen -, insbesondere der LB-Schulen. Aber auch hierbei wollen wir mit Augenmaß vorgehen. Die Schulentwicklungsplanungsverordnung eröffnet die Möglichkeit, bei sinkenden Schülerzahlen Förderschulen mit mehreren Förderschwerpunkten zu bilden.

Gerade durch die Bündelung von Förderschwerpunkten soll im ländlichen Raum auch künftig ein entsprechendes Netz an Förderschulen vorgehalten werden. Ich denke, es ist wichtig, dass man das hier deutlich benennt.

Zudem ermöglicht die Verordnung auch Einzelfalllösungen, zum Beispiel bei unzumutbaren Schulwegzeiten. Daneben sind auf der Grundlage des Schulgesetzes und der Verordnung über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf Organisationsmodelle entwickelt worden, die den Schul- und Planungsträgern sehr weitgehende Gestaltungsoptionen zur Sicherung eines flächendeckenden sonderpädagogischen Angebots ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gestaltungsbedarf im Schulnetz ist zweifellos vorhanden und ihm wird in der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung durch eine regionale Differenzierung Rechnung getragen. Erstmals wird grundlegend unterschieden zwischen dünnbesiedelt, normal besiedelt und Oberzentren.

Und es wird eine zeitliche Schrittfolge vorgesehen. Das heißt, man geht nicht gleich Riesenschritte, sondern man nimmt zunächst die Ausnahmeregelung zurück und sagt, das, was eigentlich bisher schon Grundlage ist, nämlich die Mindestgröße von 60 Schülern, soll jetzt tatsächlich durchgehalten werden. Dann erst, mit deutlichem Vorlauf, soll im Schuljahr 2017/2018 der nächste Schritt in der Schulentwicklungsplanung erfolgen. Ich glaube, dass das ein sehr moderates und abgestuftes Vorgehen ist, das man in der Tat nachvollziehen kann.

Darüber hinaus gibt es dann auch Ausnahmemöglichkeiten und Übergangserleichterungen. Wenn zum Beispiel die räumlichen Voraussetzungen zur Absicherung des Unterrichts an einem Schul-

standort fehlen, dann kann befristet eine Außenstelle zugelassen werden; auch das ist möglich.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Außerdem können Ausnahmen von der erforderlichen schulischen Mindestgröße zugelassen werden, wenn innerhalb der durch die Rechtsprechung als zumutbar angesehenen Schulwegzeiten keine andere Schule - es wurde insbesondere auf die Grundschulen abgestellt - erreicht werden kann. All das ist möglich. Wenn dies durch Anträge untersetzt wird, dann werden diese Anträge bei uns auch ordentlich geprüft.

Des Weiteren verweise ich darauf, dass Schulen, die auf der Grundlage der mittelfristigen Prognose die ab 2017 erforderliche Mindestschülerzahl nur kurzfristig unterschreiten, bis dahin genehmigt werden können, um den Schul- und Planungsträgern die Möglichkeit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen versichern, dass wir die aufgeführten Punkte bei der Genehmigung der von den Planungsträgern vorzulegenden Schulentwicklungspläne berücksichtigen werden. Es ist deswegen keineswegs ausgeschlossen, dass wir nach der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung im Jahr 2017 einzelne Schulen haben werden, in denen in dünnbesiedelten Gebieten weniger als 60 Kinder und in dichtbesiedelten Gebieten weniger als 80 Kinder lernen. Diese haben wir dann aber nicht zufällig, sondern dort, wo wir sie brauchen, um ein langfristig bestandssicheres Schulnetz als Basis der öffentlichen Daseinsvorsorge abzusichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich sagen, dass dem Landesschulamt alle Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte im Entwurf vorliegen. In den nächsten Wochen stehen die Beschlussfassungen in den Kreistagen und Stadträten an.

In dieser Phase sollten wir den Trägern signalisieren, dass das vereinbarte Verfahren Bestand hat und dass auch die Fristen Gültigkeit haben. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden wir uns die einzelnen konkreten Orte anschauen und mit Augenmaß vorgehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. Herr Minister, möchten Sie eine -- Nein, Sie müssen ja. Dann so: Frau Dr. Paschke möchte Ihnen eine Frage stellen.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Ich möchte gern auf die Frage von Frau Dr. Paschke antworten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Sie wollen gern antworten; das ist schön. - Bitte schön, Frau Dr. Paschke.

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Ich möchte eine Bemerkung machen und eine Frage stellen. Die Bemerkung betrifft Ihre Aussage, dass das alles sehr moderat sei. Ich sage: In dem am dünnsten besiedelten Raum, der Altmark, bedeutet dies, dass wir mehr als jede dritte Schule schließen müssen. Das halte ich nicht für moderat.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun meine Frage. Uns wurde von einem Beigeordneten der Kreisverwaltung mitgeteilt, dass das Landesschulamt gesagt habe, dass Anträge von Eltern auf Schulwechsel, also von einer Schule in eine andere zu wechseln, in Zukunft wesentlich stringenter behandelt würden. Nur in besonderen Ausnahmefällen, in denen einleuchtet, dass es gar nicht anders geht, sollen solche Anträge noch genehmigt werden.

Haben Sie Kenntnis davon, dass man diese Regelung im Zuge der neu einsetzenden Schulentwicklungsplanung verändert bzw. verschärft hat?

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Zum Ersten. Was moderat ist, ist in der Tat eine Frage der Einschätzung. Ich kann nur sagen: Im Jerichower Land haben wir kaum Grundschulen, die geschlossen werden müssen. Diesbezüglich hat man über die Jahre hinweg kontinuierlich die Schulentwicklungsplanung im Blick gehabt. Das Jerichower Land ist nun nicht eben eine Region, die durch ihre dichte Besiedlung von sich reden macht. Es fließt auch noch die Elbe hindurch usw.

Es gibt Landkreise, die sehr intensiv drangeblieben sind, und es gibt Regionen, in denen das nicht in dem Maße gelungen ist. Das als Hinweis darauf, wie unterschiedlich das im Land gehandhabt wurde.

Zum Zweiten. Zu Ihrer Frage zu dem, was im Landesschulamt zu einem Beigeordneten gesagt worden sein soll. - Das ist ein wenig wie „Stille Post“. Ich kann nur sagen: Es gibt im Augenblick einen heftigen Kampf zwischen den Schulträgern um die Kinder; man streitet sich darüber, wer wohin gehört. Wir müssen sicherlich schauen, dass wir durch die Genehmigung entsprechender Anträge nicht Schulstandorte gefährden. Aber ansonsten gibt es - jedenfalls aus meiner Kenntnis - keine Ansagen oder Verschärfungen oder Vorgaben, hierbei besonders rigide zu handeln.

Ich glaube eher, dass man in den Regionen im Augenblick - jedenfalls bekomme ich das in den vielen Gesprächen mit - sehr darauf achtet, dass sozusagen die eigenen Kinder in die eigene Schu-

le gehen. Man geht sehr behutsam vor, wenn entsprechende Anträge gestellt werden. Aber noch einmal: Es gibt keine Vorgaben dazu.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Hohmann möchte noch eine Frage stellen.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sprachen von den moderaten Verfahrensweisen im Landesschulamt. Meine Frage diesbezüglich lautet: Trifft das auch hundertprozentig auf Schulen zu, die - Sie sprachen es an - die Mindestschülerzahl kurzfristig unterschreiten und dann einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung stellen? Erhalten sie diese dann auch?

Das ist derzeit wirklich problematisch. Diese Schulen benötigen für zwei, drei Jahre eine Ausnahmegenehmigung, weil danach die Mindestschülerzahl wieder erreicht wird. Meine Erfahrungen sind die, dass hierbei das Landesschulamt nicht so handelt, wie Sie es eben beschrieben haben.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Erstens habe ich über den Planungszeitraum 2017/2018 gesprochen und zweitens schauen wir natürlich immer auf die Gesamtschülerzahl der Schule. Wir schauen uns auch die Prognose an. Wenn es tatsächlich so ist, dass die Mindestschülerzahl in einem Schuljahr mal um ein oder zwei Schüler unterschritten wird, danach jedoch verlässlich und dauerhaft gesichert ist, dann wird man für einen solchen Fall sicherlich eine Lösung finden.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Wagner hat noch eine Frage.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Jetzt muss ich doch einmal nachfragen, und zwar zu Ihren Prognosen. Ich habe aus Ihrem Redebeitrag herausgehört, dass irgendwann - ob das so kommt, weiß niemand - die Geburtenzahl sinkt und dass man dann nicht mehr langfristig und verlässlich eine Schulentwicklungsplanung machen kann.

Aber wenn die Kinder geboren werden, dann gehen sie doch nicht gleich in die Schule, sondern es vergehen zunächst sechs Jahre. Das ist aus meiner Sicht also eher eine Art vorausseilender Gehorsam. Ich kann nicht erkennen, dass man mit solchen Prognosen tatsächlich eine Schulentwicklungsplanung machen kann.

Es gibt aber vielleicht einen Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Attraktivität und Familienfreundlichkeit eines Landes. Ich sehe hierbei eher die Gefahr, dass bei der Argumentation mit den Prognosen Folgendes eintritt: Die Prognose sagt zwar etwas vorher, aber die politi-

sche Motivation, etwas umzusetzen, stützt sich auf genau diese Prognose, anstatt - anders herum - aufgrund der Prognose etwas gegen die prognostizierte Entwicklung zu tun.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Wagner, die Kinder, um die es hierbei geht, sind alle schon geboren. Deswegen müssen wir nicht zu sehr in die Glaskugel schauen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Für die nach 2020 gilt das aber nicht!)

- Für die Schulentwicklungsplanungen 2014/2015 und 2017/2018 gehen wir davon aus, dass die Kinder schon geboren sind.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Aber, Herr Minister, Sie reagieren ja auf die sinkenden Schülerzahlen nach 2020, und diese Kinder können noch nicht geboren sein!)

- Ich habe deutlich gemacht, dass wir den Blick sowohl nach vorn als auch zurück richten.

Bei dem Blick nach ganz weit vorn orientieren wir uns in der Tat an der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose, zu der ich Ihnen die Geburtenzahlen für das Jahr 2015 genannt habe. Diese Zahl steigt nicht, sondern sie sinkt leider.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt treten wir in die vereinbarte Fünfminutendebatte ein. Als Erster spricht für die CDU-Fraktion Herr Güssau.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU, geht zum Rednerpult)

- Dann heißt Herr Güssau heute Herr Schellenberger und dieser hat jetzt das Wort. Auf meinem Zettel steht der Name Güssau.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

So ist das manchmal in der CDU. Bei uns sind die Personen austauschbar.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei den GRÜNEN)

- Das meine ich sehr positiv. Herr Güssau hat gestern Kulturpolitiker gespielt; ich bin heute der Schulpolitiker.

(Zuruf von der SPD: Gespielt?)

- Das „gespielt“ möge man jetzt so hinnehmen. Das meine ich natürlich nicht wörtlich; denn wir nehmen unsere Aufgaben sehr ernst.

So gesehen habe ich mich über die Einbringungsrede von Herrn Höhn gefreut. An manchen Stellen - das muss ich sagen - sehe ich die Dinge ein wenig anders. Aber wir bearbeiten das Projekt Schul-

entwicklungsplanungsverordnung im Ausschuss seit zwölf Jahren gemeinsam. Ich weiß noch sehr genau: Bei der letzten Schulentwicklungsplanungsverordnung ist es dem Ausschuss gelungen, sogar einen einstimmigen Beschluss dazu zu fassen. Darauf waren wir alle sehr stolz.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Jetzt sag mal, warum!)

- Ja, warum? - Weil wir die FDP mit ins Boot geholt hatten mit einem Projekt, das - -

(Herr Höhn, DIE LINKE: Eben!)

Mit der LINKEN hatten wir auch eine Vereinbarung getroffen,

(Zuruf von der LINKEN: Die gibt es heute nicht mehr!)

die dann zwar nicht hundertprozentig umgesetzt werden konnte, aber der Versuch war gut. In der Politik zählt auch manchmal der Versuch. Aber an manchen Stellen - -

Ich möchte jetzt auf den Aspekt des Kommunalen eingehen, auf Kommunalwahlen, auf Kreise. Sicherlich ist es richtig, dass wir irgendwann alle wieder im Kommunalwahlkampf stehen und dort Aussagen treffen werden, aber man muss auch verlässlich sein.

Wir haben die Schulentwicklungsplanung im Ausschuss gemeinsam beschlossen und haben die Verordnung dem Ministerium überlassen, das diese dann auch vorgestellt hat. Ich gebe zu, dass DIE LINKE und die GRÜNEN diesbezüglich anderer Auffassung waren. Das ist nun einmal so mit den Mehrheiten. Aber wir haben diskutiert.

Mir persönlich hat die ganze Geschichte gar nicht so geschmeckt. Das war so ein Erben - Verzeihung, nicht Erben, sondern Erbe; manchmal hat man auch Erben - ,

(Heiterkeit bei der CDU)

also ein Erbe, so eine Geschichte, die man nicht unbedingt haben wollte, so eine Aussage wie: „Wir streichen alle Schulen!“. Wir haben gemeinsam vereinbart, nach Möglichkeit keine Schule mehr zu schließen. Das haben wir gemeinsam vereinbart. Ich glaube, die damaligen bildungspolitischen Sprecher der CDU und der SPD, Feußner und Mitendorf, haben das sehr ernst gemeint.

(Frau Feußner, CDU: Und umgesetzt!)

Ich glaube, wir alle haben das sehr ernst gemeint.

Aber die Wahrheit bei Strukturreformen ist - deshalb kann man nicht sagen, eine Strukturveränderung sei einfach so dahingeschossen; der eine macht sie, der andere macht sie nicht -: Manchmal ist es nötig. Darüber kann man diskutieren. Ich persönlich habe zum Beispiel - -

(Frau Bull, DIE LINKE: Binsen!)

- Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden. Ich konzentriere mich gerade auf meine Rede.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der LINKEN
- Zustimmung von Herrn Schröder, CDU,
und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Ich sehe ganz andere Schwierigkeiten, zum Beispiel bei den Förderschulen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nicht multitaskingfähig!)

- Als Lehrer würde ich jetzt sagen: Die Kinder, die reinschwatzen, haben es wahrscheinlich nicht verstanden.

(Heiterkeit bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Ich bin multitaskingfähig!)

Bei den Förderschulen sehe ich andere Schwierigkeiten. In einem Punkt waren bestimmte Parteien einer Meinung: Die Inklusion muss man jetzt unbedingt vorantreiben.

Ich hätte es langsamer gemacht, wesentlich langsamer. Ich hätte erst die Frage des Personals genauer betrachtet.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Ach! Ja, ja!)

Das ist uns nicht gelungen.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Ihr habt es doch gar nicht versucht! - Herr Borgwardt, CDU: Erzähl doch nichts! - Zuruf von Frau Zoschke, DIE LINKE)

- Ich habe jetzt von meiner persönlichen Meinung gesprochen; das gebe ich ehrlich zu.

(Zuruf von Frau Zoschke, DIE LINKE)

Eines jedoch ist wichtig, damit komme ich noch einmal auf das Thema Verlässlichkeit zu sprechen. Das heißt also - -

(Zuruf von Frau Zoschke, DIE LINKE)

- Ich habe so ein Rauschen im Ohr.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von Frau Zoschke, DIE LINKE)

Wichtig ist die Frage der Schulwegzeiten. Natürlich muss man aufpassen, wenn die Schulwegzeiten 45 Minuten überschreiten. Das ist logisch. Dazu kann ich sagen: Auch ich habe diesbezüglich in den Kreisen nachgefragt; der Salzlandkreis hat am Mittwoch seine Planung beschlossen und darin ist genau dieser Passus enthalten.

Das war also im Vorfeld klar. Es gibt nämlich eine Schule, bei der die Schulwegzeiten überschritten würden, wenn man sie mit einer anderen zusammenlegte. Das ist also eine ganz normale Größe. Über die Frage der Außenstellen ist mit den Menschen vor Ort diskutiert worden. Das ist eine ganz normale Größe, das gibt die Verordnung her.

Welche Verwaltung wird denn so beknackt sein, dass sie die Abweichung in einem Schuljahr zum

Anlass nimmt, eine Schule zu schließen? Dabei hat man natürlich eine langfristige Verantwortung.

Ich freue mich darauf, über dieses Thema im Ausschuss wieder zu diskutieren. Ich halte es zwar nicht für notwendig - ich persönlich hätte es komplett abgelehnt, weil wir die Diskussion schon vor langer Zeit geführt haben -, aber an dieser Stelle wollen wir der SPD-Fraktion den Gefallen tun und nochmals darüber diskutieren.

Es ist allerdings der SPD-Kultusminister, der uns das vorgelegt hat und dessen Haus uns bestätigt hat, dass das so vernünftig ist. In der gemeinsamen Arbeit werden wir dann feststellen, dass es so ist - das hoffe ich. Wenn es eine Ausnahme gibt, dann müssen wir uns gemeinsam darüber unterhalten.

Unsere Aufgabe besteht darin, eine gute Schule zu gewährleisten; und eine gute Schule heißt nicht unbedingt eine kleine Schule. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Eine Schule mit 15 Grundschulern - herzlichen Glückwunsch! - kann meiner Auffassung nach wirklich keine gute Schule sein. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Schellenberger. Fragen gibt es dazu nicht wirklich. - Jetzt ist als Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Professor Dalbert an der Reihe. Frau Professor, Sie haben das Wort.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Ein bisschen mehr Zeit habe ich dadurch jetzt, oder?

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Der Redebeitrag war sehr lang. Ich werde deshalb mit den fünf Minuten tolerant umgehen.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Gut, aber meine Zeit hat doch jetzt noch nicht angefangen; denn ich bin ja gerade erst an das Pult getreten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Nein.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte versuchen, die Debatte wieder auf ein rationales Grundgerüst zurückzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Kollege Höhn hat schon gesagt, dass uns - man kann inzwischen sagen: im Wochenrhythmus -

Schreiben von Eltern, von Lehrern, von Gemeindevertretern, von Bürgermeistern erreichen, die Alarm schlagen und alle den gleichen Tenor haben. Sie sagen: Dieser Schulentwicklungsplan ist familienfeindlich, sie ist wirtschaftsfeindlich und sie geht zulasten des ländlichen Raumes. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich möchte es mir an dieser Stelle ersparen, aus diesen vielen Briefen, die Sie alle erhalten haben, zu zitieren. Ich möchte es mir jedoch nicht ersparen, auch an dieser Stelle aus dem Koalitionsvertrag zu zitieren. Der Koalitionsvertrag stammt vom Beginn des Jahres 2011; wir haben jetzt Ende 2013 - also ein durchaus überschaubarer Zeitraum, insbesondere für die regierungstragenden Fraktionen, die eine Politik absegnen, bei der Prognosen für zehn oder 15 Jahren gemacht werden. Dann kann man wohl ein bisschen Verlässlichkeit für den Zeitraum von zwei Jahren erwarten.

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU steht: Schulschließungen - -

(Unruhe bei der CDU)

- Ich finde es dort hinten irgendwie laut.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Meine Damen und Herren! Sie glauben gar nicht, wie laut es hier vorn ist. Schenken Sie Frau Professor Dalbert Ihre Aufmerksamkeit! - Vielen Dank.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Die CDU und die SPD schreiben in ihrem Koalitionsvertrag:

„Schulschließungen, die über die gültige mittelfristige Schulentwicklungsplanung der Schulträger bis zum Schuljahr 2013/2014 hinausgehen, sollen möglichst vermieden werden.“

Das ist keine zwei Jahre her. Jetzt stehen mehr als 80 Schulen auf der Liste zur Schließung. Das nenne ich keine Verlässlichkeit in der Bildungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Nun unterstelle ich ja immer, dass politisches Handeln auch von einer gewissen Rationalität getragen wird, also dass man irgendwie nachvollziehen kann, wie es zu Vorschlägen und politischen Beschlüssen kommt. Die kann man dann teilen oder nicht. Irgendwie stirbt die Hoffnung zuletzt, dass es sich um eine rational begründbare Handlung handelt.

Bei den Schulschließungen geht es um eine Spardebatte. Es geht darum, Lehrerinnen und Lehrer einzusparen. Und es geht darum, Geld zu sparen.

Das ist das Rationale, das vordergründig dahinter steht.

Dann kann man fragen: Warum sollen denn Lehrerinnen und Lehrer und warum soll denn da Geld gespart werden? Dazu haben wir jetzt einen Punkt in der Debatte schon mehrfach gehört: weil wir angeblich weniger Kinder haben werden.

Nun ist es ganz einfach, sich dazu die Zahlen anzugucken. Es gab eine interministerielle Arbeitsgruppe. Die hat uns die Zahlen vorgelegt. Insofern zitiere ich jetzt einfach Zahlen, die von den Ministerien erarbeitet wurden.

Da lese ich, dass wir im Schuljahr 2013/2014, also im laufenden Schuljahr, das im Sommer beginnt, 167 391 Schülerinnen und Schüler haben werden. In zehn Jahren, im Schuljahr 2022/2023, werden wir 167 706 Schülerinnen und Schüler haben, also knapp 300 Schüler mehr. Die Zahl ist also in dem Zeitraum von zehn Jahren stabil. Also ist doch überhaupt keine Reduzierung der Anzahl an Schülerinnen und Schüler zu beobachten.

Auch wird in demselben Papier spekuliert, dass wir in den Jahren 2025 oder 2026 vielleicht weniger Grundschüler haben werden. Dazu kann man nur sagen: Die Eltern dieser Kinder kommen gerade ins gebärfähige Alter. Es ist Spekulation, was die in zehn Jahren an Kindern haben werden. Das ist das Erste.

Das Zweite. Dann kommt immer das Stichwort vom demografischen Wandel.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Das ist ja wirklich wie Demagogie, wie fasziniert vom demografischen Wandel. Anstatt zu sagen: Das ist eine politische Herausforderung. Ertüchtigen wir unsere Hochschulen. Die sind doch in der Lage, junge Menschen ins Land zu holen.

Überlegen wir uns doch, wie wir Eltern ermuntern, nicht nur ein oder zwei Kinder, sondern drei, vier Kinder zu bekommen. Gucken wir doch einmal nach Frankreich, wie die das machen. All das sind doch politische Herausforderungen. Denen müssen wir uns stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von der CDU)

Noch eine Zahl zu diesen Strukturen, die sich so wenig geändert haben. Immerhin wurde bei uns im Land seit der Wende bereits jede dritte Grundschule geschlossen. Das nenne ich alles andere als ein unveränderbares System.

Ein weiterer Punkt, der in der Debatte angeführt wird, ist der Punkt, dass wir ja Lehrer einsparen müssen. Die Landesregierung sagt, wir müssen Lehrer sparen. Wir müssen 2 000 Lehrer und Lehrerinnen einsparen.

Wir haben dann die Landesregierung gefragt: Wie viel spart ihr denn mit euren Schulschließungsplä-

nen? Dann sagt uns die Landesregierung: Von den 2 000 Lehrern, die wir sparen wollen, sparen wir 200 Lehrer damit, dass wir hier im Land mehr als 80 Schulen schließen.

Und die Zahl 200 stimmt vermutlich nicht. Nach eigenen Berechnungen, aber auch nach Berechnungen der GEW sind es vermutlich eher ca. 120 bzw. rund 140 Lehrer und Lehrerinnen. Da frage ich: Zu welchem Preis spart man diese 120 bzw. 140 Lehrer und Lehrerinnen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deswegen ist es höchste Zeit, dass uns die Landesregierung endlich verlässliche Zahlen vorlegt, wie sie denn denkt, dass sie dieses Schulnetz, das sie in dieser Schulentwicklungsplanung festschreiben will, mit Lehrern und Lehrerinnen untersetzt.

Dabei geht es eben nicht um Grundschullehrerinnen. Dabei geht es um Berufsschullehrer, von denen wir zu wenige haben. Es geht um Sekundarschullehrer, die wir an den Universitäten nicht haben, weil die Studienplätze nur sehr wenig nachgefragt werden. Es geht auch um Lehrer mit Förderkompetenz, die wir auch nicht in ausreichender Zahl haben. Da möchte ich dann gern einmal sehen, wie das Schulnetz, das hier angedacht ist, mit Lehrern und Lehrerinnen untersetzt ist.

Ein letztes Wort. Ich glaube auch, wir müssen in eine ganz andere Richtung kommen, von der Schulentwicklungsplanung in der alten Form wegkommen, mehr Kompetenzen nach unten geben und die Schulträger selbst in einem stärkeren Maße entscheiden lassen, wie sie ihre Schulstruktur vor Ort aufrechterhalten.

Denn wenn Sie durchs Land reisen und vor Ort mit den Leuten über Schulschließungen sprechen, dann werden Sie feststellen: Die Situation ist sehr unterschiedlich. Es gibt Orte, die sagen: Damit haben wir kein Problem. Es gibt Orte, die sagen: Schon die aufnehmende Schule ist zu klein, um alle Kinder aufzunehmen, die wir jetzt aus den Schulen aufnehmen müssen, die wir schließen sollen. Es gibt Orte, wo ein Filialschulnetz oder ein Verbund von Schulen hilfreich sein könnte, und vieles mehr. Ich denke, das muss die Richtung sein, in die wir gemeinsam bei der zukünftigen Schulentwicklungsplanung denken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Wanzek. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Herr Wanzek, SPD: Ja, ich weiß! Oh, jetzt bin ich dran?)

- Ja, jetzt sind Sie wirklich dran.

Herr Wanzek (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich erst einmal für die rationale Vorrednerin. Sie ist ja dann doch sehr emotional geworden. Kommen wir wieder etwas runter.

Wir alle bekommen Briefe und Resolutionen von Kreistagen, Gemeinderäten, Stadträten, Eltern, Lehrkräften. Natürlich ist es verständlich, dass sich Eltern für die Schulen einsetzen, in die ihre Kinder gehen. Wenn das nicht so wäre, wäre das ein Skandal, wäre das verwunderlich.

Auch ist es verständlich, dass kommunale Mandatsträger die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung nicht auf die leichte Schulter nehmen. Doch viele haben sich dieser Verantwortung jetzt schon gestellt. So sind in vielen Bildungsausschüssen der Landkreise die Entwürfe verabschiedet worden. Einige Kreistage haben die Schulentwicklungsplanung schon bestätigt. Manche werden es noch in den nächsten Tagen tun.

Nur zwei Landkreise haben eine Fristverlängerung - auch das ist ja möglich - beantragt. Also scheint da der Handlungsbedarf doch nicht so groß zu sein. Aber natürlich nehmen wir auch die Sorgen und Bedenken ernst. Auch wir verschließen uns nicht neuen Ideen, wie man Schulen in unserem Land organisieren könnte.

So wird zum Beispiel der Petitionsausschuss - ich gucke da Herrn Mewes an - am 9. Januar 2014 eine Anhörung mit Vertretern des Aktionsbündnisses „Grundschulen vor Ort!“ Sachsen-Anhalt durchführen, in der die sogenannte Landschule vorgestellt werden soll. Auch der Bildungsausschuss ist zu dieser Veranstaltung eingeladen. Wie realistisch dieses Schulmodell für Sachsen-Anhalt ist, ist zu diskutieren. Ich teile da eher die Auffassung von Herrn Dr. Schellenberger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundschulen sind ja in der Trägerschaft der Gemeinden. Das hat Vor- und Nachteile. So werden leider Schulentwicklungspläne nicht immer so getroffen, wie sie es sein sollte, nämlich im Interesse der Schülerinnen und Schüler nach pädagogischen Maßstäben oder nach Länge der Schulwege. Vielmehr wird meistens geguckt, wie man die Schule in der eigenen Gemeinde am längsten, am besten aufrechterhalten kann.

Da würde ich mir manchmal mehr Mut wünschen, über die eigenen Grenzen hinaus zu schauen. So ist es für mich nicht verständlich, warum zum Beispiel Schülerinnen und Schüler aus Seyda - wer es nicht weiß: das ist ein Ortsteil von Jessen - demnächst die Grundschule in Jessen besuchen sollen. Sie werden dann täglich an der Grundschule in Elster vorbeigefahren. Warum sollen sie nicht in Elster beschult werden?

Es ist nicht verständlich, warum die Stadt Halle quasi von heute auf morgen die Schüler aus dem Saalekreis ausschließt, anstatt gezielt Kooperationen mit Gemeinden zu suchen. So würden nicht die ganzen Grundschulen am Stadtrand aussterben. Ich sage nur Grundschule Radewell. Die hätte eine Chance, wenn man sich vielleicht einmal mit Döllnitz unterhalten würde.

Aber es gibt auch gute Beispiele. Das betrifft die Grundschule Wallendorf, wo sich die Gemeinden Leuna und Schkopau entschieden haben, eine Schule in der Mitte gemeinsam zu betreiben, anstatt die Schüler zu den anderen eigenen Grundschulen, die weiter entfernt sind, fahren zu lassen.

Da sind wir schon bei dem nächsten Punkt, was bei der Schulentwicklungsplanung viel mehr mit in den Blick genommen werden muss: die Schülerbeförderung.

Wir sollten aufhören, diese ewigen Schleifen fahren zu lassen, anstatt die Schüler direkt zur Schule zu bringen.

(Beifall bei der SPD - Herr Schröder, CDU: Steht im ÖPNV-Plan seit dem Jahr 2005!)

- Das wird leider bloß nicht umgesetzt. - Kollege Bullerjahn nennt sie immer gern „Sternfahrten“. Da müssen wir doch Wege finden. Wenn es im ÖPNV-Plan steht, müssen wir es auch umsetzen. Dann würde ich mir mehr Impulse vonseiten des Landesverkehrsministeriums und der Landkreise wünschen.

(Herr Schröder, CDU: Das sind die Landkreise! Das sind die Aufgabenträger! - Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion sieht die Notwendigkeit, auf demografische Entwicklungen bis zum Jahr 2025 zu reagieren und frühzeitig, bereits heute konstruktive Auseinandersetzungen mit den zu erwartenden Auswirkungen anzuschließen, um somit den Schulträgern eine aktive Rolle zu geben. Denn jetzt können Schulträger noch langfristig planen und notwendige Schulinvestitionen diskutieren und vornehmen. Vor dem Hintergrund der begrenzten Spielräume und der Haushalte vieler Schulträger wäre ein Abwarten, bis die Schülerzahlen dann real sinken, nicht ratsam.

Aber, wie gesagt: Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bürger ernst. Wenn die Verordnung missinterpretiert ist, werden wir sie gerne im Ausschuss noch einmal erläutern. Daher beantragen wir die Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur.

(Beifall bei der SPD - Herr Lange, DIE LINKE, und Herr Wagner, DIE LINKE, melden sich zu Wort)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. Ich habe zwei Fragesteller erkannt: zum einen Herrn Lange und zum anderen Herrn Wagner. - Herr Lange erhält zuerst das Wort.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Wanzek, ich gebe Ihnen Recht. Damit, wie die Verwaltung in der Stadt Halle gehandelt hat, sind wir nicht zufrieden. Das ist fraktionsübergreifend durchaus auch ein gewisser Konsens in der Stadt Halle. Deswegen frage ich Sie jetzt:

Erstens. Was hat die SPD im Kreistag getan, damit die Beschulung in Halle eventuell möglich ist? Gab es da Anträge, gab es da irgendwelche Initiativen, dass die Schulentwicklungsplanung, die die Verwaltung des Saalekreises vorgelegt hat, in irgendeiner Weise verändert wird?

Zweitens. Wird die SPD im Saalekreis die Schulentwicklungsplanung anhalten - die soll ja jetzt im Kreistag verabschiedet werden -, damit diese trägerübergreifende Planung überhaupt erst einmal möglich wird? Braucht es dafür vielleicht auch eine Fristverlängerung?

Herr Wanzek (SPD):

Lieber Kollege Lange, ich kann Ihnen ganz genau sagen, was wir gemacht haben, weil ich im Bildungsausschuss anwesend war, als der zweite, der endgültige Entwurf diskutiert und verabschiedet wurde.

Das Problem ist: Wir haben eine Stellungnahme der Stadt bekommen und mussten darauf reagieren. Das Beispiel Zscherben und Holleben.

Herr Lange (DIE LINKE):

Anders herum.

Herr Wanzek (SPD):

Die Gymnasialschüler, die bisher auf das Christian-Wolff-Gymnasium in Halle (Saale) gegangen sind, dürfen das nun nicht mehr.

Darauf haben wir leider keinen Einfluss, wenn die Stadt - bei Ihnen war es, wie gesagt, die Verwaltung - uns die Stellungnahme gibt. Wir würden es weiterhin lassen. Wir hatten eigentlich eine Vereinbarung. Der Saalekreis ist offen, aber die Stadt muss auf uns zugehen. Das ist das Problem gewesen.

Wir haben allein eine Stellungnahme, die anders aussieht. Wenn Kooperationen gesucht würden, dann müssten Sie auch zum Beispiel auf die Gemeinden zugehen, nicht nur auf den Saalekreis. Da sind wir jetzt wieder bei den Gemeinden. Halle müsste zum Beispiel mit Zschopau, Teutschenthal

oder Landsberg erst einmal in die Verhandlungen gehen.

Der Saalekreis kann in der nächsten Woche am Mittwoch die Schulentwicklungsplanung natürlich verabschieden. Denn das wäre eine Fortschreibung, wenn es um Grundschulen geht. Die ist jederzeit möglich.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Lange hat eine Nachfrage.

Herr Lange (DIE LINKE):

Bezogen auf das Gymnasium, das Sie angesprochen haben, ist das keine Fortschreibung. Deswegen wäre es konsequent, die Schulentwicklungsplanung anzuhalten. Dann braucht es auch eine Fristverlängerung.

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist genau das Problem! - Zuruf von Herrn Schröder, CDU - Frau Budde, SPD: Die Debatten aus dem Kreistag führen wir auf dieser Ebene und nicht im Landtag!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wollen wir nicht dem Kollegen Wanzek die Chance geben zu antworten?

(Herr Lange, DIE LINKE: Vielen Dank!)

Herr Wanzek (SPD):

Ich mache es kurz. Auch das wäre eine Fortschreibung. Aber, wie gesagt, noch gehen ja Schüler hin. Auch die Eltern können einen Antrag ans Landesschulamt stellen, dass weiterhin die Schüler dorthin gehen. Wie das ausgeht, wissen wir aber nicht.

Wie gesagt: Wir wären da offen. Für uns gilt die Vereinbarung immer noch. Die wurde auch nicht offiziell gekündigt. Es wurde nur gesagt, dass keine Schüler mehr aufgenommen werden können. Das ist der offizielle Stand.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Jetzt hat Herr Wagner das Wort.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Auch ich würde mich freuen, wenn wir es flächendeckend hinbekommen, dass wir den Schülerverkehr mit dem sogenannten Sternfahrtsystem etablieren können. Ich habe Ihre Sympathie dafür ebenfalls herausgehört.

Wäre es denn Ihrer Auffassung nach konsequent, wenn das Land den Kommunen das entsprechende Geld zur Verfügung stellt? Denn die Personenverkehrsgesellschaften in den Kreisen werden natürlich sehr erfreut sein, diese Leistung zu erbrin-

gen. Sie werden die Finanzierung allerdings von den Kreisen und über die Kreismulage von den Gemeinden einziehen müssen.

Wenn es darum geht, dass Sie das Argument der Sternfahrten dazu verwenden, den Protest vor Ort - ich sage jetzt mal - ein wenig dadurch einzudämmen, dass Sie die Fahrzeiten tatsächlich verringern, dann werden Sie auf der anderen Seite Proteste dadurch generieren, dass die finanziellen Mehrlasten ebenfalls von den Kommunen getragen werden müssten. Deswegen die Frage, ob Sie oder vielleicht auch Ihre Fraktion bereit wären, die entsprechenden finanziellen Mittel ebenfalls mit herunterzugeben.

Herr Wanzek (SPD):

Ich weiß ja, dass es im Burgenlandkreis wirklich sehr schwierig ist. Das Gymnasium in Weißenfels zum Beispiel fängt um 7 Uhr an, weil der Schülerverkehr angeblich nicht anders organisierbar ist, weil über den Schülerverkehr eigentlich der öffentliche Berufsverkehr mit organisiert wird. Ich würde mir lieber erst mal anschauen, was wirklich reiner Schülerverkehr ist und was normaler öffentlicher Verkehr ist. Dann können wir noch mal schauen, wie was finanziert werden muss. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Jetzt spricht für die Fraktion DIE LINKE Herr Höhn noch einmal. Bitte schön.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Kollege Schellenberger: Man kann es mit der Polemik auch übertreiben. Ich weiß, ich bin an dieser Stelle auch nicht frei von Fehlern.

(Herr Barthel, CDU: Das ist Ihnen völlig fremd!)

Schulgrößen mit 15 Schülern hat hier niemand gefordert, es hat auch niemand einen Antrag dazu eingebracht. Insofern müssen wir uns auch nicht verhalten, dass das nicht realistisch ist.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Es geht um den 9. Januar, das weiß jeder, um 13 Uhr. Da geht es zum Beispiel um so eine Geschichte. Sie haben das in Ihrer Rede erwähnt! - Zurufe von der SPD)

Ich habe aufgezählt, welche Schreiben und Resolutionen uns erreicht haben.

(Zuruf von Herrn Dr. Schellenberger, CDU)

Ich habe in dieser Aufzählung nicht gesagt, dass ich jeden dieser Briefe mit unterschreiben würde.

Und die angesprochene Petition habe ich nicht unterschrieben. - Bitte?

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Das hätte ich auch nicht erwartet! - Zuruf: Das wäre ja schlimm! - Zurufe von der Herrn Dr. Schellenberger, CDU, und von Frau Brakebusch, CDU)

Die zweite Bemerkung. Herr Minister, es ist ja richtig, dass auch wir gemeinsam eine Dialogveranstaltung gemacht haben, wenn Sie das so nennen wollen. Es hat sicher auch ein Dialog stattgefunden. Nur, die spannende Frage ist doch am Ende: Gibt es irgendeinen Effekt dieser Veranstaltungen, wenn sie denn stattgefunden haben? Wenn wir unter Dialogveranstaltungen nur verstehen, dass die Landesregierung irgendwo hinfährt und erzählt, was sie tut, und dann wieder nach Hause fährt, und nichts von dem, was an kritischen Hinweisen gekommen ist, in irgendeiner Weise Einfluss auf die Entscheidung hat, dann können wir es eigentlich auch lassen, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN)

Die nächste Bemerkung zu den Förderschulen. Das ist vorhin leider meiner schon überschrittenen Redezeit zum Opfer gefallen. Ich will aber noch eine Bemerkung zu den Förderschulen machen. Sie haben das ja angesprochen.

Wir haben in der Verordnung auf den ersten Blick von der Zahl her keine Veränderung der Mindestschülerzahl. Real haben wir auf den zweiten Blick im Grunde eine Verdopplung der Mindestschülerzahl, weil wir nämlich die Zahl der Jahrgänge halbiert haben. Das hat einen realen Hintergrund, der auch per se erst mal nicht schlecht ist, bei dem wir vielmehr durchaus auch gemeinsam politische Ansätze vertreten. Das ist die Frage des gemeinsamen Unterrichts und einer zunehmenden Inklusion im Primarbereich.

Trotzdem ist mein Eindruck, dass der einfache Schnitt - wir nehmen jetzt mal die Mindestschülerzahl, wie sie ist, und lassen den Primarbereich einfach weg - zu Brüchen und Verwerfungen vor Ort bei den betroffenen Förderschulen führt, die so nun auch nicht im Sinne des Erfinders sein können. Wir müssen es schaffen,

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Das stimmt!)

von dem einen System zum anderen zu kommen. Aber das, was wir im Moment haben, ist nicht wirklich die Gestaltung eines Überganges, sondern einfach das Abschneiden von Jahrgängen. Ich glaube, dass uns dabei etwas auf der Strecke bleibt. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns auch dazu noch einmal unterhalten würden. Das Thema gemeinsamer Unterricht und Förderschulen wird uns ja ohnehin erhalten bleiben, denke ich.

(Frau Feußner, CDU: Das haben wir ständig!)

Jetzt noch zu der Frage der Stabilität, der personellen Umsetzung und den weiterführenden Schulen. Ich hatte ein bisschen die Hoffnung, dass ich diese Schallplatte heute nicht auflegen muss, weil ich mich bei diesem Thema selber nicht mehr hören kann.

(Zuruf: Wir hören das gerne! - Gegenruf: Wir nicht! - Frau Niestädt, SPD: Dann lassen Sie es doch!)

Sie haben vorhin erklärt, dass der Bestandsschutz für die weiterführenden Schulen auch eine Anerkennung dessen ist, was in der Vergangenheit strukturell geleistet worden ist. So weit, so gut. Das Problem ist nur - Frau Professor Dalbert hat darauf hingewiesen -, dass es eine Scheinstabilität ist. Wir haben im Moment an den weiterführenden Schulen eine Unterrichtsversorgung von mehr oder weniger genau 100 %.

(Frau Niestädt, SPD: Etwas mehr!)

Übersetzt: Wir haben genau so viele Lehrer, wie wir für diese Schülerzahl brauchen.

(Zuruf: Das macht auch Sinn! - Herr Güssau, CDU: Ja, 102 %! - Frau Niestädt, SPD: 102 %!)

- Ja, 102 %. Es gibt noch so etwas wie eine Vertretungsreserve, Frau Niestädt.

(Frau Niestädt, SPD: Das ist genau richtig! - Weiterer Zuruf von der SPD)

Wenn die Schülerzahl stabil bleibt und ich jetzt genau so viele Lehrer habe, wie ich brauche, und gleichzeitig sage, ich nehme aber 2 000 Lehrer raus, dann bedeutet das, dass ich keine 100 % mehr abbilden kann, sondern politisch hier in diesem Haus Unterrichtsausfall beschließe.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Frage beantworten Sie bis heute nicht.

Deswegen sage ich, es ist unredlich, den weiterführenden Schulen zu suggerieren, sie seien bestandsfähig, und gleichzeitig nicht dafür zu sorgen, dass sie eine vernünftige personelle Ausstattung in den nächsten fünf Jahren haben. Das tun Sie nicht. Solange Sie das nicht tun, handeln sie nicht redlich.

Eine letzte Bemerkung zum Ländervergleich. Es ist ja legitim, dass wir uns ab und zu auch mal umschauen, was machen Land A, B und C. Aber, ehrlich gesagt, ich bin diese Vergleiche mittlerweile auch leid. Bei jeder Debatte, die wir hier führen, wird uns aufgezeigt, was in anderen Ländern passiert. Dann wird gesagt, jetzt machen wir das auch so. Wie wenig Kreativität und Selbstbewusstsein haben wir eigentlich, um mal zu sagen, das ist unser Weg und nicht immer der der anderen? Das muss doch auch mal möglich sein.

(Beifall bei der LINKEN - Frau Niestädt, SPD: Es gibt genug andere Beispiele!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben beantragt,

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

den Antrag in den Ausschuss zu überweisen. Wenn Sie in den Antrag hineinschauen, wissen Sie, dass eine Überweisung sinnfrei ist, weil dort Aufträge an die Landesregierung zum Beginn des Jahres 2014 formuliert sind. Der Ausschussvorsitzende hat nicht signalisiert, dass wir uns zu Weihnachten treffen. Ich glaube, da säße er auch alleine.

Eine Ausschussüberweisung macht keinen Sinn; deswegen werden wir ihr auch nicht zustimmen. Wir müssen uns zu diesem Fakt heute in der Sache verhalten. Das wollen Sie vermeiden. Dafür habe ich sogar ein bisschen Verständnis. Aber damit kommen Sie Ihrer politischen Verantwortung nicht nach. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Damit ist die Debatte beendet. Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren, vollkommen wertfrei. Wer dafür ist, dass die Drs. 6/2616 in den Bildungs- und Kulturausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Antrag in den Ausschuss überwiesen worden. Der Tagesordnungspunkt 12 ist erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Beratung

Projekt „Bürgerarbeit“ fortführen

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2628**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2654**

Einbringer ist für den Antragsteller, die SPD-Fraktion, Herr Steppuhn. Bitte schön, Herr Kollege.

(Mehrere Abgeordnete verlassen den Saal - Unruhe)

Herr Steppuhn, vielleicht warten Sie die kleine Völkerwanderung noch ab, die etwas Lärm ins Gebäude bringt. - Nun geht es los. Sie haben das Wort.

Herr Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsfraktionen haben zum Thema Bürgerarbeit hier und heute einen Antrag eingebracht. Hintergrund ist, dass uns die Sorge umtreibt, dass die Bürgerarbeit, falls

nichts Entscheidendes passiert, mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode im Jahr 2014 nicht mehr stattfinden wird. Deshalb ist es unser Anliegen, die Landesregierung - den Ministerpräsidenten und auch den Arbeitsminister - zu bitten, sich in Berlin nach Kräften dafür einzusetzen, dass es auch zukünftig eine wie auch immer geartete Bürgerarbeit gibt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich möchte daran erinnern, dass wir über die Jahre, in denen es Bürgerarbeit bei uns im Land gegeben hat, knapp 5 000 Landzeitarbeitslose nicht nur mit Perspektiven versorgt haben; diese haben auch eine sinnvolle Arbeit gefunden. Gerade in den Regionen mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, wie zum Beispiel dem Mansfelder Land, hat es mit der Bürgerarbeit so etwas wie eine einzige Perspektive gegeben. Denn die Arbeitsmarktintegration in die Betriebe hinein konnte in diesen Regionen nicht stattfinden, weil die Betriebe nicht so aufnahmefähig gewesen sind.

Deshalb ist es unser Anliegen, deutlich zu machen, auch in Richtung Berlin, dass wir ein Fortsetzungsmodell brauchen.

Ich will daran erinnern, dass die Bürgerarbeit im vergangenen Zeitraum aus Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert worden ist, die der Bund zur Verfügung hatte. Auch zukünftig werden die Länder aus dem Europäischen Sozialfonds Geld zur Verfügung haben, aber auch der Bund.

Wenn wir uns die Koalitionsvereinbarung anschauen, dann findet man diesen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor so nicht wieder. Das ist sicherlich auch vor dem Hintergrund so, dass die Mehrheit der Bundesländer, gerade auch im Westen, natürlich darauf setzt, dass die Mittel in dem Bereich eingesetzt werden, in dem Arbeitsmarktintegration in Betriebe hinein stattfindet.

Das ist sicherlich der richtige Ansatz. Aber ich denke, wir dürfen die Regionen nicht vergessen, in denen wir nach wie vor eine sehr hohe Langzeitarbeitslosigkeit haben. Deshalb brauchen wir sowohl Arbeitsmarktintegration in Betriebe hinein als auch Maßnahmen für Langzeitarbeitslose.

Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass auch die Mittel der Bundesagentur für Arbeit gekürzt worden sind. Deshalb ist das, was da im Rahmen von Bürgerarbeit stattgefunden hat, nicht so einfach mit anderen Arbeitsmarktmaßnahmen zu kompensieren.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen für die Menschen nach wie vor auch im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit eine Perspektive. Der Arbeitsminister hat angekündigt, dass durch das Programm „Aktiv zur Rente“ zumindest teilweise etwas kompensiert werden kann. Aber man muss ehrlicherweise sagen, dass man damit nur

einen Teil kompensieren kann und nicht das, was uns im Bereich der Bürgerarbeit insgesamt wegbreicht.

Deshalb ist es, glaube ich, richtig, dass wir auch hier in diesem Hause noch einmal deutlich machen, dass wir ein Nachfolgemodell brauchen. Deshalb meine Bitte an die Landesregierung, an den Ministerpräsidenten, an den Arbeitsminister: Setzen Sie sich nach Kräften dafür ein, dass wir eine Nachfolgeregelung bekommen. Ich glaube, es ist auch richtig, dass wir mit der Bürgerarbeit oder mit den Folgeprogrammen gerade in den Regionen, in denen wir Langzeitarbeitslosigkeit haben, den Menschen eine Perspektive bieten. Das ist der Sinn unseres Antrages heute, und in diesem Sinne bitten wir um Zustimmung. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Steppuhn. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Bischoff. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, im Hohen Hause besteht Einigkeit darüber, dass die Bürgerarbeit eine wichtige Grundlage gerade für Langzeitarbeitslose in unserem Land ist, hauptsächlich für die älteren. Dieses Bundesprogramm hätte es mit Sicherheit nicht gegeben, wenn das Land Sachsen-Anhalt - das war noch unter der Führung des damaligen Wirtschaftsministers und jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Haseloff - mit diesem Programm Bürgerarbeit nicht so erfolgreich gewesen wäre.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Bund hat das übernommen. Wir profitieren übrigens am meisten davon. Aber auch in anderen Ländern ist das erfolgreich gelaufen.

Von daher ist diese Erwartung schon groß gewesen - das hat Herr Steppuhn gesagt -, dass der Bund es weitermacht. Wir haben natürlich auch gehofft, dass das Wort im Koalitionsvertrag auftaucht. Jetzt steht eher der Begriff darin, dass der Bund beabsichtigt und auch Willens ist, für Langzeitarbeitslose etwas mehr zu tun. Wir hoffen also, dass dieses Programm weitergeht. Es war ein ESF-Programm des Bundes, deshalb waren wir da außen vor.

Wir versuchen - Herr Steppuhn hat das schon angesprochen -, eventuelle Lücken jetzt mit ESF-Mitteln zu schließen, die wir übrig haben. Wir konnten ja nicht alles ausgeben aus der letzten Förderperiode. Wir haben seitens der EU die Genehmigung erhalten, 1 100 Stellen in ein neues Landesprogramm umzuswitchen. Da wir das Programm nicht unter der Bezeichnung „Bürgerarbeit“ weiterführen können, haben wir nunmehr die Bezeichnung „Aktiv zur Rente plus“ gewählt. Hiermit wollen

wir einen Teil der Stellen, die im nächsten Jahr wegfallen, auffangen.

Wir wissen, dass die Programme sukzessive enden, manche im April, andere erst im Sommer. Daher bin ich der Überzeugung, dass ein Teil bereits aufgefangen wird, auch wenn das Programm im nächsten Jahr generell ausläuft.

Um möglichst alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, ist in der letzten Woche noch einmal ein Antrag eingebracht worden, der vorsieht, dieses Programm um 900 Stellen zu erweitern, sodass die Bürgerarbeit bis zum Jahr 2014 für insgesamt 2 000 Stellen ermöglicht wird. Für diese 900 zusätzlichen Stellen steht die Genehmigung durch die EU noch aus. Hierauf warten wir noch. Ich bin aber davon überzeugt, dass diese Genehmigung ebenfalls zügig erteilt wird.

Wir müssen abwarten, was die neue Bundesregierung auf den Weg bringt. In dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE sind einige Prämissen formuliert worden. Darauf will ich nicht im Einzelnen eingehen. Die Wunschvorstellungen werden in Teilen auch von mir geteilt. Der Bund wird sein Programm jedoch eigenständig aufstellen.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Die Aufforderung, gleich nach der Bildung der Bundesregierung indirekt Druck zu machen, dass dieses Programm aufgelegt wird und sich nahtlos in unserer Programm einreicht, nehme ich gern auf und werde dies auch weitertransportieren.

Wir wissen, dass die Chancen insbesondere der älteren Arbeitslosen über 55 Jahre auf dem Arbeitsmarkt gering sind, noch dazu wenn sie bereits länger arbeitslos gewesen sind. Auch die Konjunktur und die Möglichkeit, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können, helfen an dieser Stelle nicht. Wir benötigen ein solches Programm noch etliche Jahre und müssen es entsprechend entwickeln. Daher vielen Dank für diesen Antrag.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten in die Fünfminutendebatte ein. Als Erste spricht Frau Dirlich für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich weiß, es ist bald Weihnachten, und ich weiß, wir wünschen uns alle Weihnachtsfrieden. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen; denn ansonsten platze ich.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das wollen wir alle nicht!)

Ich habe in meinem ganzen Leben noch keinen derart lapidaren Antrag gesehen wie diesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen eines: Ich hätte mich mit einem solchen Antrag nicht in den Landtag getraut, noch nicht einmal in meine Fraktion.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist ja noch viel schlimmer!)

- Ja. - Noch vor einem Monat tönte Ihr Ministerpräsident durch die Republik, dass er ein großes Nachfolgeprojekt in die Koalitionsvereinbarung aufnehmen wird. Es sollte ein großes bundesweites Integrationsprojekt werden. Die erprobte Philosophie der Bürgerarbeit sollte weitergeführt werden. Ich werde gleich noch ein bisschen pathetischer. Mehrere hundert Millionen Euro sollten zur Verfügung gestellt werden.

Die Presse feierte die vorhandenen Projekte - darauf komme ich noch zu sprechen - und beklagte die großen Lücken, die ein Wegfall reißen würde. Und nun das.

Angesichts von so viel Mut und Entschlossenheit und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Unterschriften unter dem Koalitionsvertrag noch nicht ganz trocken sind, haben wir in unserer Fraktion ernsthaft darüber nachgedacht, Ihnen zu empfehlen, Nachverhandlungen zur Koalitionsvereinbarung zu fordern. Sie wollen ja ein Signal setzen.

Noch besser wäre es, der SPD in Sachsen-Anhalt zu raten, ihren Mitgliedern zu empfehlen, den Koalitionsvertrag abzulehnen, nach dem Motto: Neuwahlen für Bürgerarbeit! - Das wäre ein Signal.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Was macht ihr dann mit dem Ergebnis?)

Allerdings haben Sie Glück. Sie wussten, dass Sie Glück haben. Uns ist dieses Thema nämlich viel zu wichtig, als dass wir es nicht ernsthaft diskutieren und uns nicht ernsthaft damit auseinandersetzen wollen. Dies haben wir bereits mehrfach getan. Ich selber habe, seitdem ich in diesem Landtag bin - das ist schon eine ganze Weile - genau für solche Projekte gestritten. Ich mache das an dieser Stelle zum ich weiß nicht mehr wie vielen Male.

Wir haben schon oft gesagt, dass wir mit solchen Projekten mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Davon hat Herr Steppuhn nicht gesprochen. Wir können auf der einen Seite Menschen, die bereits seit Langem aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind, wieder eine Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben geben. Ja, wohl, davon haben Sie gesprochen. Sie können ihre Fähigkeiten einbringen. Sie können sich weiterentwickeln. Sie können sich erneut fit machen für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt.

Aber mindestens eine andere Seite ist, dass auch solche Arbeit geleistet werden kann, die von der

Wirtschaft nicht angeboten wird, weil sie leider nicht gewinnträchtig ist, und für die klamme Kommunen kein Geld haben. Das ist die Chance öffentlich geförderter Beschäftigung, wie wir sie nennen, bzw. von Bürgerarbeit, wie es anderswo genannt wird. Mir ist es auch völlig Wurst, wie es heißt. Aber das ist die Chance solcher Arbeit, dass Menschen eine Chance bekommen und zudem wertvolle und für die Gesellschaft nützliche Arbeit geleistet wird.

„Von den zusätzlichen Arbeitskräften profitieren Grundschüler und Kindergartenkinder, die vom Tierschutzverein versorgten Vierbeiner genauso wie der Tourismus oder die Köppen-Forschung in der Stadt- und Kreisbibliothek. Auch Jugendklubs, Feuerwehr, Integrationstreff und Vereine sind betroffen.“

So heißt es in einem Artikel der „Volksstimme“ über die Bürgerarbeit in Genthin. Der dortige Stadtchef prognostiziert, es werde mächtig eng werden. Damit meint er die Zeit nach dem Wegfall der Bürgerarbeit, für die es trotz seiner Bemühungen keinerlei Lösungen gegeben hat. Die einzige Auskunft, die er erhalten hat, war das definitive Ende der Bürgerarbeit.

Sie wissen, dass wir das Projekt Bürgerarbeit so, wie es derzeit gestrickt ist, nicht befürworten. Wir wiederholen deshalb in unserem Änderungsantrag alle die Forderungen, die Sie aus den vergangenen Jahren bereits kennen sollten. Ich hoffe, Sie erinnern sich daran. Ich denke, dass es kein Problem mehr sein dürfte, zum Beispiel den Mindestlohn auch in solchen Projekten durchzusetzen. Mindestlohn ist Mindestlohn, auch in der Bürgerarbeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch die Laufzeit und die Festlegung auf gemeinnützige Arbeit dürften keine Probleme darstellen. Freiwilligkeit ist aus unserer Sicht das Einzige, was geht. Der Run auf diese Projekte hat gezeigt, dass die Kapazitäten überhaupt nicht ausreichen und dass wir noch viel mehr Bürgerarbeit gebrauchen könnten. Dass begleitende Qualifikation bei der Bürgerarbeit stattfinden muss, ist, so denke ich, völlig unstrittig.

Der strittigste Punkt dürfte wohl die Forderung nach voller Versicherungspflicht bleiben. Diese Forderung, meine Damen und Herren, werden wir nicht aufgeben und wollen wir nicht aufgeben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es kann und darf nicht sein, dass Menschen, die drei Jahre lang arbeiten, keinen Anspruch auf Arbeitsförderung erhalten. Es kann nicht sein, dass Leute drei Jahre lang arbeiten, ohne gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit versichert zu sein. Normalerweise greift eine Absicherung an dieser Stelle nach einem Jahr Erwerbstätigkeit.

Wir werden diesem Antrag ohne die Untersetzung durch einige wichtige Grundsätze nicht zustimmen, auch wenn wir das Signal gebrauchen könnten. Wir werden uns dem Anliegen aber auch nicht komplett verweigern. Denn ich habe keine Lust, in der Zeitung die Schlagzeile „DIE LINKE lehnt die Bürgerarbeit ab“ zu lesen.

Wenn Sie unserem Änderungsantrag nicht folgen können, werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag der Stimme enthalten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Dirlich. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Rotter.

Herr Rotter (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Dirlich, weder mit Ihrem Änderungsantrag noch mit Ihrem Redebeitrag haben Sie aus meiner Sicht die Bemühungen unterstützt, die Bürgerarbeit fortzusetzen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Aber Sie! - Herr Gallert, DIE LINKE: Aber mit Ihrem Antrag haben wir es gerissen!)

- Ja, und das werde ich Ihnen, wenn Sie die Güte haben, mir zuzuhören, versuchen zu erklären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht vor, das Projekt der Bürgerarbeit noch einmal näher vorzustellen oder Einzelheiten hierzu zu erläutern. Frau Kollegin Dirlich hat das zum Teil getan.

Ich möchte aber ausdrücklich betonen, dass dieses Bundesprogramm der Bürgerarbeit auf Erfahrungen eines Modellprojektes aus Sachsen-Anhalt beruht, das aus meiner Sicht entgegen anderen Verlautbarungen ein Erfolgsmodell darstellt. Denn immerhin konnten mit diesem Modellprojekt ca. 10 % der ehemals als chancenlos zu bezeichnenden Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Weitere 5 % bis 10 % haben anschließend eine Qualifizierung begonnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer das nicht als Erfolge ansieht, der will meiner Meinung nach vorhandene Erfolge einfach nicht sehen.

(Frau Dr. Paschke, DIE LINKE: Wer macht das?)

Auch das Bundesprogramm der Bürgerarbeit ist, obwohl es noch nicht abgeschlossen ist, für mich generell und ganz besonders in meiner unmittelbaren Wahrnehmung ein Erfolg. Lassen Sie mich dies an einem ganz konkreten Beispiel belegen. Ich habe die Möglichkeit, Bürgerarbeit greifbar und erlebbar in meinem Wahlkreis zu beobachten.

(Frau Zoschke, DIE LINKE: Wir auch!)

- Ich wollte gerade betonen, dass dies vielen von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ähnlich gehen wird. - Rund um die Wasserburg in Egeln entsteht durch Bürgerarbeit eine für dieses Objekt durchaus zukunftsweisende Strukturverbesserung. So wird durch die Errichtung einer Freilichtbühne die historische Burganlage strukturell aufgewertet und das allgemeine Umfeld aufgewertet.

Bei dieser Maßnahme wurden und werden nicht nur materielle Werte geschaffen, die möglicherweise und hoffentlich bei einer entsprechenden Nachnutzung zu einer Steigerung der Attraktivität der Region auch in touristischer Hinsicht führen können. Auch bei den Beschäftigten wurden längst verschüttete Fertigkeiten und Fähigkeiten befördert. Nicht zu vergessen sind die wieder entstandenen sozialen Kontakte und Kompetenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allerdings bin ich nicht so blauäugig zu glauben, dass für einen Großteil der in dieser Maßnahme Beschäftigten der Weg direkt in den ersten Arbeitsmarkt führen wird. Ich bin mir mit führenden Mitarbeitern der Jobcenter vor Ort und auch der Bundesagentur für Arbeit darin einig, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt weder der örtliche Arbeitsmarkt noch das Potenzial der in der Maßnahme Beschäftigten hergeben.

Deshalb - auch darin sind wir uns einig - brauchen wir auch in Zukunft für einen längeren Zeitraum einen geförderten zweiten Arbeitsmarkt. Dabei ist es jedoch wichtig, den ersten und den zweiten Arbeitsmarkt als einheitliches Ganzes zu betrachten und das Prinzip „fördern und fordern“ nicht aus dem Blick zu verlieren. Der zweite kann und soll den ersten Arbeitsmarkt nicht ersetzen; er ist aber weiterhin unverzichtbar.

Wir brauchen also ein Nachfolgeprogramm für die Bürgerarbeit. Wie dieses Programm dann heißen wird, ist mir - ehrlich gesagt - relativ egal. Wir brauchen ein Nachfolgeprogramm, das weiterhin gewährleistet, dass die bisher geschaffenen materiellen Werte erhalten und nachhaltig genutzt werden können. Wichtig ist für alle Beteiligten aber auch die Möglichkeit, das erworbene Potenzial zu erhalten und eventuell zu mehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin davon überzeugt, dass es weiterhin wichtig ist, Menschen, die kaum eine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, eine Perspektive zu geben. Denn es ist allemal besser, aktiv zu sein, als zu Hause zu sitzen und auf ein Jobangebot, das möglicherweise nie kommt, zu warten.

Darum ist es aus meiner Sicht richtig und wichtig, dass sich gerade unser Bundesland massiv für eine Fortsetzung des Programms Bürgerarbeit, in welcher Form und unter welchem Namen auch immer, einsetzt.

(Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch kurz auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen. Liebe Kollegin Dirlich, nach dem Lesen Ihres Antrages dachte ich eigentlich, dass Sie unseren Antrag nicht gänzlich ablehnen, da er durch Ihren Antrag ergänzt werden soll. Sie haben das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, betont. Ich denke, wir sollten unseren Antrag so schnell wie möglich umsetzen.

Ich möchte noch kurz zu einzelnen Punkten Ihres Änderungsantrages kommen. Die Forderung nach einer Entlohnung nicht unter dem tariflichen Mindestlohn erübrigt sich aus meiner Sicht, da von den Koalitionären auf der Bundesebene die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes vereinbart wurde. Das gilt dann auch für die Bürgerarbeit, die übrigens auch jetzt schon kein tariffreier Raum ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Maßnahmen keine öffentlichen Aufgaben ersetzen und keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängen dürfen, versteht sich für mich von selbst und ist meiner Kenntnis nach auch schon jetzt ein Bewilligungskriterium.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Kollege, Sie haben die Redezeit schon um eine Minute überschritten.

Herr Rotter (CDU):

Entschuldigung, Herr Präsident, ich bin gleich fertig. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das von Ihnen geforderte Prinzip der Freiwilligkeit kann ich natürlich nicht gutheißen. Ich bleibe dabei, dass sich das Prinzip „fördern und fordern“ bewährt hat und dass es unbedingt beibehalten werden muss.

Ihrer Forderung nach einer begleitenden Qualifizierung sowie sozialpädagogischer und sozialpsychiatrischer Betreuung kann ich in dieser Absolutheit auch nicht folgen. Als Angebot für die Teilnehmer wäre das nachvollziehbar. Aber Sie fordern das generell. Ich denke einmal, man sollte - -

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Jetzt kommen wir aber zum Ende.

Herr Rotter (CDU):

Jawohl, Herr Präsident.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Eine Form der Ignoranz, Herr Präsident!)

Dann bleibt mir also nichts weiter übrig, als Sie zu bitten, unserem Antrag zu folgen. - Danke für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Ministerpräsident Herrn Dr. Haseloff)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Rotter. - Jetzt spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Latta. Bitte schön, Frau Latta.

Frau Latta (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der von den Koalitionsfraktionen eingereichte Antrag zum Thema Projekt „Bürgerarbeit fortführen“ kommt wieder einmal kurz vor knapp; denn schließlich läuft das Projekt zum Ende dieses Jahres aus.

(Herr Borgwardt, CDU: Ihr habt ihn auch nicht gestellt! Wann habt ihr den denn gestellt?)

Retrospektiv lässt sich feststellen, dass das Programm der Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt problemlos am 30. Juni 2012 angelaufen war. Die Zahl der insgesamt geplanten 4 842 Plätze wurde zu Beginn der Einführung der sogenannten Bürgerarbeit sogar erhöht. Es gab letztlich 4 912 bewilligte Beschäftigungsplätze in der Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt. Das heißt, sowohl die Akquise der möglichen Bürgerarbeitsstellen als auch deren Vermittlung hat wie geplant funktioniert.

Wenn man sich die Statistik bezüglich des Übergangs von der Bürgerarbeit in den ersten Arbeitsmarkt anschaut, sind zwei Effekte auszumachen. Erstens war eine starke sogenannte Aktivierungsphase zu Beginn der Bürgerarbeit nötig, da diese am ehesten den Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnet. So war dies in Sachsen-Anhalt bei einem Fünftel aller Teilnehmerinnen an der Bürgerarbeit beim Programmstart der Fall.

Zweitens. Summa summarum sind ca. 13 % der Teilnehmer von der sogenannten Bürgerarbeit in den ersten Arbeitsmarkt gewechselt. Die Landesregierung hätte beim Auslaufen des Programms der Bürgerarbeit noch einmal evaluieren sollen, wie viele Menschen tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt wechselten; denn letztlich sind diese Zahlen auch ausschlaggebend dafür, ob das Projekt Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt erfolgreich oder eben nicht erfolgreich war.

(Zuruf: Genau!)

Bevor man auf der Bundesebene die Forderung nach der Fortführung der Bürgerarbeit aufstellt, sollten wenigstens verwertbare Zahlen vorliegen. Die Bürgerarbeit öffnete nur in Einzelfällen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt. Ob und wie viele Sanktionen während der Aktivierungsphase und der Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit verhängt wurden, ist statistisch nicht erfasst worden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schätzt das Konzept der Bürgerarbeit als ein wichtiges Instrument für einen sozialen Arbeitsmarkt ein; denn

gerade in sozialen und ökologischen Bereichen werden damit sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen. Es ist auch ein gutes arbeitsmarktpolitisches Instrument und bietet die Möglichkeit zur Integration in den Arbeitsmarkt, wenn auch in den zweiten Arbeitsmarkt.

Aktuell gelten bundesweit rund 30 % der Arbeitslosen als langzeitarbeitslos. Öffentlich geförderte Beschäftigung kann zudem in Regionen mit hoher bzw. struktureller Arbeitslosigkeit einen Beitrag zur Schaffung vorübergehender Beschäftigungsangebote und damit zum Abbau von Arbeitslosigkeit leisten.

Mit Kompetenzentwicklung verknüpft, kann sie zumindest bei einem Teil der Betroffenen mittel- bis langfristig zur Sicherung des Arbeitspotentials beitragen. Nicht zuletzt kann öffentlich geförderte Beschäftigung den Ausbau und den Erhalt von zusätzlichen sozialen Angeboten in den Regionen unterstützen und einen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur leisten.

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt ging nicht klar hervor, wie freiwillig die Teilnahme an dem Programm Bürgerarbeit war und ob bereits eine Nichtteilnahme zu Sanktionen geführt hat.

Das Ziel, durch die Bürgerarbeit den Weg in Richtung des ersten Arbeitsmarktes zu öffnen, wurde nur in Einzelfällen erreicht. Auch waren Personen in der Aktivierungsphase eher bereit, Jobangebote anzunehmen. Ob dafür die bessere Vermittlungstätigkeit oder ein Coaching durch das Amt ausschlaggebend war oder der Druck auf die Arbeitssuchenden erhöht wurde, lässt sich retrospektiv schwer einschätzen, da keine Evaluierung bezüglich der in den ersten Arbeitsmarkt vermittelten Personen vorliegt.

Wir brauchen in Sachsen-Anhalt sowohl mehr und bessere Qualifizierungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose als auch gute öffentlich geförderte Beschäftigung inklusive eines sozialen Arbeitsmarktes. Nur dann haben Arbeitssuchende eine echte Chance auf Teilhabe an Arbeit, und genau darum geht es.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dem Antrag der der Fraktionen der CDU und der SPD sowie dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Latta. - Jetzt hat der Kollege Steppuhn noch einmal das Wort. Bitte schön.

Herr Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Dirlich, die Verantwortung dafür, dass Sie kurz vor Weihnachten platzen, wollen wir natürlich nicht übernehmen.

(Frau Dirlich, DIE LINKE: Das müssen Sie auch nicht!)

Wenn Sie tatsächlich geplatzt wären, dann hätten wir im Hohen Hause wahrscheinlich den Grund dafür nicht gekannt, weil ich glaube, dass Ihre Interpretation des Antrages - Sie haben ihn als schlecht gemacht bezeichnet - mehr oder weniger deutlich macht, dass Sie den Antrag nicht richtig gelesen haben.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es! - Zuruf von der LINKEN: Der war gut! - Lachen bei und weitere Zurufe von der LINKEN)

Ich habe auch bewusst darauf verzichtet - das kann man natürlich tun -, hier eine inhaltliche Diskussion über die Bürgerarbeit zu führen. Das kann man im Ausschuss tun. Das kann man an anderen Stellen tun. Auch wir als Sozialdemokraten sagen nicht, dass die Bürgerarbeit das Allheilmittel sei und dass die Bürgerarbeit keine Schwächen habe. Natürlich kann man über die inhaltliche Ausgestaltung reden,

(Zuruf von Frau Dirlich, DIE LINKE)

so wie Sie das dann auch in Ihrem Änderungsantrag formuliert haben. Aber wenn Sie unseren Antrag, Frau Dirlich, richtig lesen würden - -

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Das steht dort gar nicht drin! - Frau Dirlich, DIE LINKE: Was steht denn nun darin? - Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

- Frau Lüddemann, das verstehe ich nun gar nicht. Frau Latta hat gerade gesagt, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Jetzt sagen Sie, Sie verstehen den Antrag nicht.

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Das ging an die LINKE!)

Aber lassen wir das einmal beiseite. - Bei diesem Antrag geht es doch um nicht mehr und nicht weniger, als dass wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen und den Bund auffordern, auch zukünftig Mittel für die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit einzusetzen. Wir wissen, dass man im Moment auch in Berlin noch darüber nachdenkt, wie man die ESF-Mittel auf der Bundesebene zukünftig einsetzen kann.

Deshalb, glaube ich, ist es schon richtig, dass wir bekräftigen, dass wir uns ein Nachfolgemodell für die Bürgerarbeit wünschen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es dann auch.

Natürlich haben wir eine neue Gefechtslage beim Mindestlohn. Der Mindestlohn wird in Gesetzesform gegossen. Natürlich wird das dann Auswirkungen haben. Wir sind gern bereit, über die Punkte, die Sie in Ihrem Änderungsantrag benannt haben, im Ausschuss im Rahmen der Selbstbefassung zu diskutieren.

Aber unser Antrag ist uns in der Sache so wichtig, dass wir darüber heute direkt abstimmen wollen. Ich würde es schon so verstehen, dass Sie sich, selbst wenn Sie sich der Stimme enthalten, nicht gemeinsam mit dem Landtag für ein Fortsetzungsmodell für die Bürgerarbeit und auch nicht für die Finanzierung einsetzen wollen. Deshalb biete ich Ihnen ausdrücklich an, dass wir, wenn Sie unserem Antrag heute zustimmen, Ihren Antrag im Rahmen der Selbstbefassung im Ausschuss bereeden.

Herr Kollege Borgwardt hat mich gerade noch auf Folgendes hingewiesen: Wenn Sie jetzt sagen, wir kämen mit so einem Antrag fünf Minuten vor Trosschluss, dann muss ich Sie fragen: Wer hat Sie denn daran gehindert, selbst so einen Antrag zu stellen?

(Frau Dirlich, DIE LINKE: Hinterher! - Zurufe: Das stimmt! - Frau Bull, DIE LINKE: Das ist das Problem! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das haben wir als Koalitionsfraktionen gemacht. In diesem Sinne werden wir auch diesen Antrag zur Abstimmung stellen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Fertig? - Gut. Das Tor ist noch offen und Herr Dr. Thiel möchte dem Redner gern eine Frage stellen oder intervenieren. Er wird es uns gleich sagen. Bitte schön.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Kollege Steppuhn, ich habe eigentlich drauf gewartet, dass Sie uns das Anliegen des Antrages noch einmal erklären.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Also, ich versuche es noch einmal. Sie haben geschrieben, die Landesregierung werde gebeten, sich auf der Bundesebene für ein Nachfolgeprogramm des Bundesprogramms Bürgerarbeit einzusetzen. Was erwarten Sie denn eigentlich?

Herr Steppuhn (SPD):

Wir erwarten - ich kann das nur noch einmal wiederholen, Herr Kollege Thiel -, dass auch der Bund zukünftig seine ESF-Mittel zumindest teilweise für einen öffentlichen Beschäftigungssektor, zum Beispiel für die Bürgerarbeit, aber von mir aus auch

für andere Nachfolgemodelle einsetzt. Das ist der Kern des Antrags. Darum geht es uns.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Dr. Thiel möchte nachfragen.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Es ging mir nicht um die Erwartungshaltung des Bundes. Es ging mir um die Erwartungshaltung gegenüber der Landesregierung. Was erwarten Sie? Soll sie vor dem Bundestag demonstrieren, Mahnwachen abhalten oder drei Tage lang sitzen? Was soll passieren?

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Herr Steppuhn (SPD):

Das wäre einmal etwas anderes. Aber ich denke, dass unsere Landesregierung, angefangen beim Ministerpräsidenten bis hin zum Arbeitsminister, so kreativ ist, dass sie ihre Einflussmöglichkeiten entsprechend nutzen wird.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Gallert, möchte Sie noch eine Frage stellen? Sie müssen nicht.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Steppuhn, wir sind auch nachsichtig mit Ihnen. Wir haben uns immerhin noch die Mühe gemacht,

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist die Gefahr, dass ihr nachsichtig seid!)

einen Änderungsantrag mit einem Inhalt zu schreiben. Diesen Änderungsantrag haben wir natürlich extra geschrieben, damit wir Ihnen die Gelegenheit bieten, inhaltliche Kriterien für die Bürgerarbeit zu definieren. Wenn ich Sie aber richtig verstanden habe, wollen Sie dem nicht zustimmen. Was haben Sie denn inhaltlich dagegen?

Herr Steppuhn (SPD):

Es geht - ich kann das nur noch einmal wiederholen - zunächst einmal um das Ob und nicht um das Wie.

(Zuruf von der LINKEN: Aha!)

Deshalb haben wir darauf verzichtet, eine Diskussion über die Ausgestaltung der Bürgerarbeit zu führen. Die kann man natürlich dann gern führen. Wir können das gern in einer anderen Landtagssitzung machen. Wir können das auch im Ausschuss tun.

(Herr Striegel, GRÜNE: Also am besten den Antrag beim nächsten Mal noch einmal einbringen!)

Viele der von Ihnen in dem Änderungsantrag genannten Punkte sind gar nicht problematisch.

(Frau Bull, DIE LINKE: Warum stimmen Sie dann nicht zu?)

Denen kann man teilweise sogar folgen. Wir haben vielleicht einen Disput hinsichtlich des letzten Punktes - Herr Rotter hat es angesprochen -, wenn es um das Thema Freiwilligkeit geht.

Sie fangen an mit dem Thema Mindestlohn. Dazu kann ich nur sagen, wir haben eine andere Gefechtslage, auch im Bereich der Bürgerarbeit gilt das Tarifrecht. Darüber muss neu nachgedacht werden. Deshalb sind wir an solchen Stellen gar nicht so weit auseinander.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Steppuhn. - Jetzt hat Frau Dirlich noch eine Frage, ganz kurz vor Toreschluss.

Herr Steppuhn (SPD):

Wir haben heute noch Zeit.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Eben. - Zunächst einmal wollte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir es nicht fünf Minuten vor, sondern fünf Minuten nach der Angst mit diesem Antrag zu tun bekommen haben. Wir wissen noch, wie Anträge behandelt worden sind, die vor der Angst gestellt worden sind. Sie sind nämlich immer mit dem Hinweis abgelehnt worden, warten wir doch erst einmal die Koalitionsvereinbarung ab. Nun ist es zu spät.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihnen ist sicherlich bekannt, wie die Bürgerarbeit ausgestaltet war. Ich bleibe nur einmal bei dem Beispiel der Bezahlung. Der Bund förderte einen Betrag von höchstens 900 €. Natürlich war das als Anschubfinanzierung gedacht. Wir wissen, wie es die Kommunen aufgefasst haben. Es war nämlich in der Regel sozusagen die Grundlage für die Vergütung. Es gab keine Sachkosten dazu. Ich könnte jetzt noch weiter fortsetzen. Ich lasse es.

Das ist der Grund, weshalb wir sagen, einem Antrag, der überhaupt keine Bedingungen enthält, einem Antrag, der einfach nur sagt, macht mal irgendetwas, was euch so einfällt, werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe keine Lust - nur deshalb enthalten wir uns der Stimme -, morgen in der Zeitung zu lesen „DIE LINKE lehnt die Bürgerarbeit ab“. Das tun wir nämlich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Steppuhn (SPD):

Das waren keine Fragen, sondern das war mehr oder weniger ein Statement, das Sie abgegeben haben. Trotzdem möchte ich noch einmal sagen: Wenn Sie diesem Antrag nicht zustimmen, lehnen Sie für mich die Bürgerarbeit ab.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das hätten Sie gern! - Unruhe bei der LINKEN)

Es würde uns gut tun, wenn wir hier möglichst einheitlich ein klares Signal in Richtung Berlin geben würden. Es ist doch unbestritten so, dass sich die Landesregierung auch in der Vergangenheit und bis in die Koalitionsverhandlungen hinein dafür eingesetzt hat, dass es auch zukünftig Bürgerarbeit geben soll.

(Unruhe bei der LINKEN)

Aber jetzt sind wir an einer Stelle, wo das in der Koalitionsvereinbarung nicht so klar benannt ist.

(Zurufe von der LINKEN)

Deshalb wollen wir das heute an dieser Stelle bekräftigen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt beenden wir die Debatte und kommen zum Abstimmungsverfahren, das formal relativ einfach ist.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/2654 auf. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 6/2628 ab. Wer stimmt ihm zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Antrag beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 13 ist erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu einem historischen Moment. Wir behandeln den letzten Antrag in diesem Raum; denn so, wie er jetzt ist, werden wir ihn nicht wieder betreten.

(Herr Lange, DIE LINKE, lacht)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung

Sachsen-Anhalt als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit stärken

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2603**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2650**

Einbringerin ist Frau Professor Dr. Dalbert. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass der letzte Tagesordnungspunkt unserer dreitägigen Plenarsitzung und der letzte Tagesordnungspunkt in diesem unveränderten Plenarsaal einem so wichtigen Thema wie der Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit an unseren Hochschulen gewidmet ist.

Ich freue mich auch, dass wir uns am Ende von drei durchaus anstrengenden Tagen die Zeit für ein Thema nehmen, das eher für Nachdenklichkeit sorgen sollte und das auch ein Thema ist, wo es um Wissenschaft und Hochschulen geht. Aber es geht bei dem Gegenstand Wissenschaft und Hochschulen einmal nicht um das Thema Geld und mehr Geld für Wissenschaft und Hochschulen, sondern um die Frage, wie wir unsere Hochschulen zukünftig gestalten wollen.

Wir glauben, dass das Thema Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit ein zentrales Thema für unsere Hochschulen sein muss, weil unsere Welt vor enormen Herausforderungen steht und wir die Hilfe von unseren Hochschulen, von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an unseren Hochschulen brauchen, um diese enormen Herausforderungen zu bewältigen.

Zwei Stichworte, um diese Herausforderungen zu charakterisieren. Das eine Stichwort ist Ressourcenverknappung. Wir leben in einer Welt, wir leben mit einer Wirtschaft, die darauf baut, dass wir endliche Ressourcen verschwenden. Ich sage: Gold. Ich sage: seltene Erden. Ich sage: Kupfer. Ich sage: Erdöl.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere Kinder es noch erleben werden, dass sich die Menschheit die Augen reibt und sagt: Es gab einmal eine Zeit, in der haben die Leute einen so wichtigen Rohstoff wie Erdöl verbrannt, um von A nach B zu kommen; man glaubt es kaum.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir wissen, wir leben in einer Welt, die ihre Wirtschaft auf endlichen Ressourcen aufbaut. Es ist eine der großen Herausforderungen, davon wegzukommen. Wir müssen hin zu Wirtschaftskreisläufen kommen, zu Lebensgrundlagen, die auf nachwachsenden Rohstoffen fußen. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, der eng damit zusammenhängt, ist die Frage des Klimawandels. Gerade wir in

Sachsen-Anhalt haben in diesem Jahr wieder sehr heftig in Erinnerung gerufen bekommen, was Klimawandel heißt. Ich nenne nur das Stichwort Hochwasser. Dazu sagen uns alle Expertinnen und Experten: Diese Formen von heftigem Hochwasser sind die Folge des Klimawandels und werden in Zukunft zunehmen. Das ist die zweite Herausforderung unserer Gesellschaft: Wir müssen den Klimawandel stoppen. Das heißt, wir müssen den CO₂-Ausstoß stoppen - vor allen Dingen wir müssen ihn stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn der CO₂-Ausstoß ist ungleich über die Welt verteilt: USA ungefähr 20 t pro Kopf, Europa ungefähr 10 t pro Kopf. Dann kommen irgendwann die armen Länder mit einem CO₂-Ausstoß von 0,1 t, 0,5 t, 1,0 t pro Kopf. Das ist das zweite große Problem: Es gibt eine große Ungerechtigkeit zwischen reichen und armen Ländern.

Um diese beiden zentralen Probleme in den Griff zu bekommen, bedarf es eines grundsätzlichen Umdenkens. Dieses grundsätzliche Umdenken wird unter dem Stichwort Nachhaltigkeit zusammengefasst. Was meint man mit Nachhaltigkeit? - Mit Nachhaltigkeit meint man, dass man die Lebensgrundlagen und die Wirtschaftskreisläufe so konfiguriert, dass man mit den endlichen Ressourcen heute so umgeht, dass auch die nachfolgenden Generationen noch die Möglichkeit haben, ein lebenswertes Leben auf unserem Planeten zu gestalten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es geht um den Umgang mit Ressourcen. Es geht darum, technische und soziale Entwicklungen so zu gestalten, dass Generationengerechtigkeit hergestellt wird. So hat es die Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen im Jahr 1987 in den Blick genommen.

Es geht also um eine Normsetzung. Es geht um eine Wertefrage. Es geht um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wollen wir es uns länger erlauben, dass unser Teil des Planeten in nie gekanntem Ausmaß auf Ressourcen zugreift und für andere Teile des Planeten nicht genug übrig lässt? Wollen wir es uns weiterhin erlauben, dass wir unser Leben so gestalten, als ob keine Generationen mehr nach uns kommen, weil wir enthemmt auf alle Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, zugreifen?

Es geht also kurz um die Frage der Generationengerechtigkeit oder auch um die Frage einer nachhaltigen Entwicklung unserer Zivilisation in den Grenzen der natürlichen Ressourcen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das ist ein komplexes Problem. Als komplexe Probleme bezeichnet man Probleme, die aus vie-

len kleinen Einzelproblemen zusammengesetzt sind, die miteinander zusammenhängen. Genau das ist hierbei der Fall. Es gibt nicht ein Problem mit einer großen Lösung.

Komplexe Probleme sind in der Regel auch persönlich bedeutsame Probleme. Auch das ist hierbei der Fall; denn es geht um unser Leben, um unsere Lebensgestaltung. Es geht darum, wie wir Wirtschaft gestalten, um eine Zukunft für unsere Kinder zu ermöglichen. Es geht um eine Problemlage, für die die Lösung unklar ist. Das ist das, was man auch Handeln unter Ungewissheit nennt. Wir wissen nicht, was die Lösung dieses Problems ist, das ich charakterisiert habe.

Der Umgang mit solchen komplexen ungewissen Problemen verlangt, dass man völlig neue Denkwege beschreitet. Was meine ich damit? Unsere Zivilisation hat im letzten Jahrhundert auf solche Herausforderungen immer die gleiche Antwort gegeben: Fortschritt durch Technik, die Wissenschaft wird es richten.

Wir sind davon überzeugt, dass wir in unserer Zivilisationsgeschichte an einem Punkt angekommen sind, wo diese alte Antwort - die Technik wird es richten - nicht mehr reicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Natürlich verstehe ich, dass die Zivilisation sich an diese Antwort - die Technik wird es schon richten - klammert, wenn man sich überlegt, dass wir ein Jahrhundert hinter uns haben, in dem zwischen dem Abschied von der Pferdekutsche und dem ersten Schritt des Menschen auf dem Mond gerade einmal ein halbes Jahrhundert gelegen hat. Insofern habe ich sehr viel Verständnis für diesen Fortschrittsglauben, der sich an technische Entwicklung knüpft. Allerdings glaube ich, dass die Probleme, vor denen wir heute stehen, damit allein nicht zu lösen sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich als Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen als Beispiel die Energiewende anführe. Was heißt Energiewende? - Das heißt, dass wir zum einen unseren Energieverbrauch von endlichen Ressourcen auf nachwachsende Ressourcen umstellen müssen, also Wind, Sonne, Wasser, vielleicht auch ein bisschen Biomasse.

Wir glauben, dass dieses Problem mit technischem Fortschritt und mit Wissenschaft zu lösen ist. Wir müssten etwa bei der Frage der Speichertechnologie voranschreiten, was wir oft anmahnen. Hierzu müsste vielleicht die Landesregierung mit etwas mehr Wumms dahinter Anstöße geben. Das ist eine Frage der technischen Entwicklung.

Doch schon bei der Frage des Flugverkehrs ist es nicht mehr so einfach, sich die technische Entwick-

lung, die die Mobilität im Flugverkehr ermöglicht, zu überlegen.

Aber die Umstellung auf erneuerbare Energien ist nur die Hälfte der Energiewende. Die Hälfte der Energiewende heißt: Wenn wir 100 % erneuerbare Energien am Ende haben wollen, müssen wir Energie einsparen. Wir werden die Energieeinsparziele nicht allein mit Technik erreichen. Eine Erhöhung von Energieeffizienz allein wird nicht ausreichen. Wir werden das Ziel nur erreichen, wenn die Menschen ihr Handeln umstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist mit Technik eben nicht mehr zu lösen.

Das heißt, die Gestaltung von Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen, in allen Wirtschaftsbereichen ist nicht allein mit technischem Fortschritt zu erreichen. Wir glauben, dass dieses Ziel eine der ganz großen Menschheitsherausforderungen ist, vor denen wir heute stehen.

In Anerkennung dieses großen Menschheitsziels hat die Hochschulrektorenkonferenz zusammen mit der Unesco-Kommission am 22. November 2010 eine Erklärung herausgegeben, in der heißt es unter anderem - ich erlaube mir zu zitieren -:

„Die Hochschulen als Bildungsstätten für die zukünftigen Entscheidungsträger und als Zentren von Forschung haben hierbei eine besondere Verantwortung und spielen eine entscheidende Rolle. Sie legen Grundlagen, indem sie in Lehre und Studium Kenntnisse, Kompetenzen und Werte vermitteln und in der Forschung Wissen und Innovation erzeugen, die für die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung nötig sind.“

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

In Kenntnis dieser Erklärung der Hochschulrektorenkonferenz hat unser Land in die Zielvereinbarungen 2011 bis 2013 das Modul „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen. Wir können feststellen, dass sich unsere Hochschulen in der Tat schon auf den Weg gemacht haben, vor allen Dingen auf den Weg gemacht haben, was die Verankerungen von Nachhaltigkeit in der Lehre betrifft. Es gibt an allen Hochschulen Module; es wird also im Unterricht darauf eingegangen. Es gibt Vortragsreihen, die auf die Frage der Nachhaltigkeit eingehen.

In der Forschung ist das nach meinem Kenntnisstand noch nicht flächendeckend verbreitet. Die Hochschule Harz hat beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft „Nachhaltige Hochschule Harz“ eingerichtet; eine ihrer Aufgaben ist die Begleitung konkreter Projekte zur Nachhaltigkeit. Die Hochschule Magdeburg hat drei Forschungsschwerpunkte benannt: nachhaltige technologische Entwicklung, nachhaltige Umweltgestaltung und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Zu nennen ist auch das Fraunhofer-Institut für Silizium-

Photovoltaik in Halle, das natürlich auch Forschung zu Nachhaltigkeit betreibt.

Deswegen denken wir, es lohnt sich hinzuschauen, was im Lande bereits zum Thema Forschung und Wissenschaft zur Nachhaltigkeit passiert. - Das ist der erste Teil unseres Antrages.

Aber wir glauben auch, dass es gut ist, wenn wir hierbei mehr tun. Wir glauben, dass es gut ist, wenn sich die Landesregierung und das Parlament in Sachsen-Anhalt dazu bekennen, dass Nachhaltigkeit eine zentrale Leitidee für Forschung und Wissenschaft in unserem Land sein sollte. Nachhaltigkeit sollte ein Leuchtturm sein, der nach innen ausstrahlt und den Menschen im Lande klarmacht, was an unseren Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten bereits an toller Leistung für Nachhaltigkeit erbracht wird; er sollte aber auch nach außen ausstrahlen, zum positiven Image von Sachsen-Anhalt beitragen und auf die mittelständische Wirtschaft ausstrahlen.

Natürlich - das ist an dieser Stelle durchaus zu konstatieren - haben jeder Professor und jede Professorin die Freiheit zu forschen, wozu immer sie wollen. Das ist die Freiheit der Wissenschaft. Und das ist auch gut so. Diese wollen wir nicht einschränken. Um Himmels willen!

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Ich denke aber, es ist schon auch Aufgabe der Politik zu sagen, wo sie Werte setzt, und für diese Werte Leitplanken in die Forschung und in die Wissenschaft einzuziehen. Wir glauben, dass Nachhaltigkeit, die Frage der Generationengerechtigkeit, ein Wert sein sollte, den wir hier gemeinsam für die Gestaltung der Zukunft unserer Hochschulstrukturen im Land setzen sollten.

Wenn wir darüber Einigkeit hätten, dann hätte die Landesregierung viele Möglichkeiten, diese Forschung zur Nachhaltigkeit anzuregen. Das fängt mit der Auslobung von Forschungsgeldern an. Es ist auch an spezielle Stipendien zu denken, die in diesem Bereich ausgelobt werden könnten. Es könnten Preise ausgelobt werden, Auszeichnungen ausgereicht werden und vieles mehr, um diese Wertsetzung mit einem Ausrufezeichen zu versehen, um zu zeigen: Wir wollen die Forschung für Nachhaltigkeit stärken; wir wollen, dass unsere Hochschulen einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten.

Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns darauf einigen könnten, dass Nachhaltigkeit, dass Generationengerechtigkeit für uns in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Wert ist, zu dem wir mit unseren Hochschulen beitragen wollen; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben unseren Planeten nur von unseren Kindern geborgt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank für die Einbringung, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Möllring. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, der sich mit Nachhaltigkeit beschäftigt, ist genau eineinhalb Jahre alt. Er ist am 12. Juni 2012 im Landtag von Baden-Württemberg praktisch wortgleich von den dortigen GRÜNEN eingebracht worden. Es wurde nur die Angabe „Baden-Württemberg“ durch die Angabe „Sachsen-Anhalt“ ersetzt, was logisch ist, weil wir das hier behandeln wollen.

Auf elf Seiten hat meine Kollegin Bauer im August 2012 all das schon beantwortet. Wir können das aber nicht plagiatistisch abschreiben, weil darin die Hochschulen in Baden-Württemberg zitiert werden.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Eigentlich schade!)

In dieser Antwort ist auch - ich habe es gerade nachgelesen - die Erklärung der Rektorenkonferenz angeführt worden, die Sie, Frau Dalbert, eben zitiert haben. Das können wir zumindest übernehmen.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Gut, dann haben wir einen Startpunkt!)

- Ich sage ja nur: Wenn das Thema für Sie so dringend wäre, dann hätten Sie es schon in den letzten eineinhalb Jahren abschreiben können und nicht erst jetzt. Aber gut, es ist nicht zu spät.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Wir arbeiten alles nach und nach ab! Bereiten Sie sich schon einmal auf die anderen Anträge vor!)

- Dann sind wir uns einig. Wir werden uns beeilen, Ihnen die entsprechenden Auskünfte zukommen zu lassen.

Wer sich wissenschaftlich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt, der kann dies auf verschiedene Weise tun. Man kann natürlich darüber nachdenken, was Nachhaltigkeit bedeutet, wann das Wort Nachhaltigkeit von wem gebraucht wurde und wer dieses Wort am häufigsten gebraucht, wie viele Programme dieses Wort im Namen tragen und wie viele Menschen sich mit solchen Fragen beschäftigen. Das ist sicherlich schön, aber nachhaltig ist das noch nicht.

Weitaus nachhaltiger als eine Nachhaltigkeitsforschung in diesem Sinne erscheint mir eine nachhaltige Forschung. Diese lässt sich nicht daran erkennen, wie oft man von Nachhaltigkeit spricht, sondern daran, dass das Forschungsergebnis nachhaltig ist.

Sie haben schon darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Beispielen nachhaltiger Forschung in Sachsen-Anhalt gibt. Photovoltaik, regenerative Energien, Forschung zu Speichertechnologien und Biodiversität, Braunkohleforschung, Bioökonomie - das sind nur einige Aktivitäten, die zeigen, dass die Universitäten und Hochschulen bei allem, was sie tun, den Nachhaltigkeitsbegriff immer wieder berücksichtigen.

Dies gilt nicht weniger für ganze Fachbereiche und Forschungsschwerpunkte - wiederum nur beispielhaft -: für die Ingenieurwissenschaften, die Agrarwissenschaften, die Chemie oder die Medizintechnik.

Nachhaltig denken, das bedeutet im Kern, die Folgen zu bedenken, damit man sich nicht den Ast absägt, auf dem man selbst sitzt. Genau damit ist übrigens schon begründet, weshalb man sich der Nachhaltigkeitsidee verpflichtet fühlt.

Es hat mich sehr überrascht, dass ausgerechnet Sie als GRÜNE folgende Frage der Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg abgeschrieben haben. Wenn ich den dritten Spiegelstrich vorlesen darf; in Baden-Württemberg ist das der Punkt 3.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Lesen Sie es gern vor, Herr Möllring!)

- Ja, ich will gern Ihre Frage vorlesen, was die Landesregierung sagen soll. - Wir werden gefragt, ob wir, die Landesregierung, die Auffassung teilen, dass Hochschulen in besonderer Weise dem Thema Nachhaltigkeit verpflichtet sind und, wenn ja, wie wir dies begründen. Ich meine, das müssen wir nicht begründen, doch nicht gegenüber den GRÜNEN. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ihre ganze Rede eben war eigentlich eine Begründung dafür. Ich habe extra nachgesehen, weil ich dachte, dass einer Ihrer Mitarbeiter das vielleicht falsch abgeschrieben hätte, aber auch die GRÜNEN in Baden-Württemberg wollten von ihrer eigenen Landesregierung wissen, wie sie Nachhaltigkeit in der Forschung begründet. Ich glaube, das spricht für sich.

Wir sollten unsere Hochschulen bitten, Ihnen all das darzustellen. Wir werden das darstellen, aber ich glaube, unsere Hochschulen sind mindestens so weit wie die in Baden-Württemberg, wenn sie auch nicht über das gleiche Geld verfügen wie die in Baden-Württemberg.

Wenn ich in der Antwort der Kollegin Bauer lese, dass allein ein Institut über einen Etat von 740 Millionen € verfügt, dann brauchen wir nur in unseren Haushaltsplan zu schauen, der vorgestern beschlossen worden ist, um zu sehen, dass wir damit nicht mithalten können. Doch mit der Wis-

senschaft in Baden-Württemberg können wir allemal mithalten und das werden wir Ihnen auch darstellen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Felke, SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten in die Fünfminutendebatte ein. Für die Fraktion der SPD spricht Frau Dr. Pähle. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie merken es: Als ich Anfang des Jahres gesagt habe, das Jahr 2013 wird ein Hochschuljahr, war das keine leere Drohung.

(Zustimmung von Herrn Lange, DIE LINKE)

Wir beenden dieses Jahr mit einem Hochschultema. Ich kann an dieser Stelle schon prophezeien - für den einen oder anderen ist es vielleicht eine Drohung -: Das nächste Jahr wird genauso.

Nun zum Antrag der GRÜNEN. Sehr geehrte Frau Kollegin Dalbert, ich verstehe das Ansinnen der GRÜNEN, ein wichtiges Thema wie Nachhaltigkeit hier explizit in den Fokus zu rücken und zu sagen: Mensch, hierbei müssen unsere Hochschuleinrichtungen und unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf die Schiene gesetzt werden, wenn sie nicht schon längst auf dieser sind. Das verstehe ich komplett.

Ich habe mit Ihrem Antrag aber ein Problem. Wir haben in diesem Hohen Haus schon verschiedene andere Themen beschlossen, bei denen wir gesagt haben: Hierbei müssen unsere Hochschulen aktiv werden. Wir haben über das Thema Nachwuchsförderung gesprochen, über das Thema der ungleichen Behandlung von Männern und Frauen, also über das Thema Gleichstellung. All das sind wichtige Themen, mit denen sich unser Hochschulsystem auseinandersetzen soll.

Wenn wir über Leitideen für die Forschung oder für die Einrichtungen in unserem Land reden, dann würde ich gern Gegenangebote machen. Dabei haben wir bestimmt keinen Dissens. Wahrscheinlich würden Sie sagen: Ja, das sind auch Leitideen. Ich meine: Qualität der Lehre - eine Leitidee. Leitidee: Sachsen-Anhalt hat die besten qualitativen Bedingungen für die Studierenden. Vereinbarkeit von Studium und Familie - auch eine große Leitidee für unsere Forschungseinrichtungen, die wir ihnen sicherlich gern mit auf den Weg geben würden.

Nachhaltigkeit als Forschungsschwerpunkt ist wichtig. Darin möchte ich Ihnen gar nicht widersprechen. Ich finde es aber schwierig, sich auf eines zu konzentrieren. Wegen dieses Problems ha-

ben die Kollegen der Koalitionsfraktionen einen Alternativantrag gestellt, der eigentlich auch eine Intention Ihres Antrags - zumindest habe ich das so verstanden - aufgreift,

(Herr Borgwardt, CDU: Sonst wäre es kein Alternativantrag!)

- ja, sonst wäre es kein Alternativantrag - nämlich auch gegenüber der Landesregierung klarzumachen: Wir brauchen jetzt endlich den Beginn der Strukturdiskussion.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen wissen: Was sind die Forschungsschwerpunkte, die Fächer, die im Landesinteresse sind? Welche Fächer brauchen wir, damit unser Land zukunftsfähig aufgestellt wird? Ich nenne nur die Stichworte Ärztemangel, Fachkräftemangel.

All das sind Dinge, an denen wir uns abarbeiten müssen, wenn wir eine zukunftsfähige Hochschulstruktur entwickeln wollen. Deshalb haben wir in unserem Alternativantrag andere Fragen formuliert. Im Grunde genommen geht es darum, die Schienen für den Zug der künftigen Strukturdiskussion zu legen.

Eine Anmerkung noch zum ersten Teil Ihres Antrags. Die Fragen, die Sie aufgeschrieben haben, halte ich für richtig und wichtig. Das kann man aber auch in einer Großen Anfrage machen.

(Zustimmung von Herrn Thomas, CDU)

Dafür brauchen wir hier keinen Antrag, in dem es eigentlich darum geht, die Landesregierung aufzufordern, ihren Plan für die künftige Hochschulstruktur zu entwickeln. Bei diesem Thema sind wir dicht beieinander.

Vor diesem Hintergrund werden wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen und bitten um Zustimmung zu unserem Alternativantrag. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt Herr Lange. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Präsident! Frau Pähle, habe ich irgendetwas verpasst? Sie haben gerade den GRÜNEN gesagt, das könne man alles in eine Große Anfrage packen. Auf dem Zettel, den Sie hier vorgelegt haben - Alternativantrag heißt das -, stehen überall Fragezeichen. Auch daraus könnte man eine Große Anfrage machen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Wenn man wollte!)

Das ist zumindest bedenklich. Aber ich verstehe Sie, Sie wollten das Thema ein bisschen breiter ziehen: wie das zukünftig in unserer Hochschulstruktur aussehen soll. Sie haben sich als Koalition nicht getraut, sich gegenüber dem Ministerium festzulegen. Auch dafür habe ich Verständnis, wenn auch begrenztes.

Meine Damen und Herren! Nachhaltigkeit ist mehr als nur nachwachsende Rohstoffe. Ich glaube, darin sind wir uns einig,

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

auch wenn das Thema oftmals genau darauf reduziert wird. Auch heute ist zum Teil wieder über die Energiewende etc. gesprochen worden.

Eine Gesellschaft, die im besten Sinne nachhaltig lebt und wirtschaftet, braucht den sozial-ökologischen Umbau.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich sehe es auch so, dass in Sachsen-Anhalt nicht genügend sichtbar ist, wo genau an dieser Stelle geforscht wird, was in der Lehre dazu passiert, beispielsweise ob man in den Wirtschaftswissenschaften auch über Genossenschaftsmodelle aufklärt, ob dazu geforscht wird, ob zu nachhaltigen Gesellschaftsmodellen geforscht wird. Deswegen halten wir das Anliegen der GRÜNEN für sehr nachvollziehbar.

Ich sage aber auch - das haben wir eben auch gemerkt -: Die Begriffsauslegung ist äußerst differenziert. Vielleicht bekommen wir irgendwann heraus, wie das Ministerium Nachhaltigkeit definiert.

Natürlich forscht man in Merseburg an Leichtbaumaterialien, die dann für Autos eingesetzt werden können, damit diese mit weniger Energie - ich sage bewusst „Energie“ und nicht „fossile Rohstoffe“ - unterwegs sind.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Das haben wir uns zusammen angeguckt!)

Aber ist das in diesem Sinne wirklich nachhaltig? Oder wäre nicht vielmehr die Forschung zum ÖPNV das, was eigentlich nachhaltig ist?

(Zustimmung von Frau Lüddemann, GRÜNE)

An dieser Stelle kommt es dann zum Streit.

Ihr Antrag ist interessant. Wir unterstützen ihn auch.

Der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen ist zwar eine Alternative, aber keine gute. Deswegen lehnen wir den ab.

Meine Damen und Herren! Frau Dalbert darf heute das Jahr der Hochschulen im Landtag beenden. Wir haben, glaube ich, in fast jeder Landtagssitzung ein Hochschulthema gehabt. Ich glaube, es

gab nur eine, in der wir keines hatten. Wir schauen einmal, dass wir Sie weiter damit beschäftigen.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Lange. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Thomas. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Thomas (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser weihnachtlichen Zeit freut es mich ganz besonders, dass der Weihnachtsmann auch bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeklopft und ein Geschenk dagelassen hat, nämlich diesen wunderschönen Antrag aus dem Musterländle Baden-Württemberg, mit vielen Fragen und Anregungen zur Nachhaltigkeit des Wirtschaftsstandortes und zur Hochschullandschaft. Das finde ich gut. Frau Dalbert, ich habe für Sie sogar ein ganz persönliches Geschenk: den Originalantrag - weil Sie ihn nicht haben -, den würde ich Ihnen gern geben.

Allerdings bin ich ganz unsicher, ob es so schlau ist, dieses Geschenk hier in Sachsen-Anhalt vorzutragen, denn Sie haben mich vorgestern verwirrt - ich gucke den Kollegen Meister an. Er reagierte da auf eine Frage des Kollegen Barthel, wie denn die Mittel für die Landesstraßen einzuschätzen seien, da sie in Sachsen-Anhalt vermeintlich zu hoch, in Baden-Württemberg aber doppelt so hoch seien. Da sagte der Herr Meister: Na ja, wissen Sie, ich bin für die hiesige Politik verantwortlich und nicht für die in Baden-Württemberg. - Also, da fehlt mir jetzt ein wenig der Bogen.

Wenn Sie uns heute androhen, Sie wollen mit noch mehr Anträgen aus Baden-Württemberg kommen - Sie haben jetzt wahrscheinlich über den Kollegen Erdmenger gute Verbindungen dorthin -, dann sage ich: Sie müssten sich nur einmal klar positionieren, ob Sie für hier oder für Baden-Württemberg zuständig sind oder ob Sie es verknüpfen wollen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE - Zuruf von der LINKEN: Reden Sie einmal zum Thema!)

Liebe Frau Dalbert, wenn wir schon bei dem Thema sind, dann werden wir uns einmal mit Baden-Württemberg vergleichen. Baden-Württemberg hat einen Haushalt in Höhe von 40 Milliarden €, wir haben einen in Höhe von 10 Milliarden €. Da sehen Sie schon die finanziellen Möglichkeiten.

Ich muss natürlich konstatieren - da glänzen wir das erste Mal als Sachsen-Anhalt -: Baden-Württemberg hat 3 Milliarden € Neuverschuldung, wir haben vorgestern 0 € Neuverschuldung be-

schlossen. Das zeigt doch, dass wir an einer nachhaltigen Politik interessiert sind; das noch der guten Vollständigkeit halber.

Ich habe Ihnen sehr genau zugehört, wie Sie uns Ihren grünen Planeten erklärt haben und was alles wichtig ist. Aber Sie haben eine Sache vergessen, und auf die legen wir als CDU schon wert, und zwar ist das die Nachhaltigkeit, wenn es um die Finanzen geht.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich denke, wenn Sie über Generationengerechtigkeit und über Hinterlassenschaften reden, dann gehört es zur Ehrlichkeit dazu, auch über das Geld zu reden. Wenn Sie heute schon wieder spezielle Forschungsgelder für solche Projekte fordern, dann frage ich: Woher sollen die kommen? Wie soll man das finanzieren? - Da muss man auch ehrlich bleiben und mit den Realitäten umgehen, wie sie sind.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ihr Antrag unterstellt unterschwellig - ich will es gar nicht deutlich sagen, aber man könnte es vermuten, wenn man böswillig wäre -, dass an unseren Hochschulen zum Thema Nachhaltigkeit bisher zu wenig passiert ist. Wenn man sich die Forschungsprojekte anschaut - einige hat der Minister heute genannt, Sie haben es selbst erwähnt, Speichertechnologien, Herr Lange hat es erwähnt -, dann stellt man fest, dass wir, glaube ich, auf einem guten Weg sind. Dann sollten wir uns hüten - auch mit Blick auf Hochschulautonomie; das ist in der Tat ein hohes Gut -, den Hochschulen vorzuschreiben, in welchen Bereichen sie besonders aktiv werden sollen.

Wenn es uns gelingt - auch das ist ein zentrales Thema, deswegen haben wir heute auch diesen Alternativantrag vorgelegt -, die Hochschulen und die Wirtschaft noch enger zusammenzubringen - auch die Wirtschaft hat ein Interesse an großer Nachhaltigkeit, auch ihrer Produkte -, dann, glaube ich, ergeben sich die neuen Forschungsfelder von ganz allein und dann brauchen wir da nicht mehr zu helfen, sondern wir brauchen nur zu moderieren und zu verknüpfen.

Das ist doch Sinn unserer Politik: zu versuchen, nicht wieder mit Geld irgendetwas zu heilen, sondern Strukturen zu schaffen, die dafür sorgen, dass wir auch in den nächsten Jahrzehnten die Qualität und Praxisbezogenheit unserer Ausbildung hier in Sachsen-Anhalt an den Hochschulen sichern. Wenn uns das gelingt, dann wird es, glaube ich, auch weiterhin eine hohe Anzahl an Studierenden in Sachsen-Anhalt geben.

In diesem Zusammenhang freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss, möchte noch einmal für unseren Alternativantrag werben, der, denke ich,

etwas schärfer formuliert ist als der Antrag der Bündnisgrünen, und wünsche Ihnen allen abschließend frohe Weihnachten. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Professor Dalbert. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat schließen wir das Plenarjahr mit einer Hochschuldebatte ab. Jedoch war das keine Glanzstunde der Debattenkultur. Das kann man wirklich nicht sagen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Das liegt am Antragseinreicher! - Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Minister, ich bin doch immer wieder verblüfft, wie es Ihnen gelingt, Reden zu halten, in denen Sie nicht zu den Anträgen Stellung nehmen, sondern über etwas ganz anderes reden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Da finden Sie immer neue Wege. Heute war Ihr Weg, über Baden-Württemberg zu reden. Ich habe über Sachsen-Anhalt geredet, zum Teil sehr präzise,

(Zurufe von der CDU - Gegenruf von der LINKEN: Na, na, na!)

habe auch dargestellt, was hier in Sachsen-Anhalt Thema ist, und kann mich nur wundern, dass Sie als zuständiger Minister hier über Baden-Württemberg reden. Insofern wundere ich mich auch über den Debattenbeitrag des Kollegen aus der CDU.

Zu Ihrer Einlassung, Herr Minister. Forschung zu Nachhaltigkeit und nachhaltige Forschung sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Die Nachhaltigkeit von Forschung kann man an verschiedenen Kriterien messen. Ich nenne nur drei, um es zu verdeutlichen. Da ist ganz zuvörderst der Citation Index, also: Wird Forschung überhaupt wahrgenommen, wird sie zitiert? Man könnte nach Patenten in der angewandten Forschung gucken. Also: Erwächst aus Forschung ein Produkt? Man könnte Ausgründungen zählen: Ist Forschung so nachhaltig, dass sich aus dem Forschungskontext heraus neue Ausgründungen ergeben?

All das kann an Forschung nachhaltig sein. Das kann aber eine inhaltlich nicht nachhaltige Forschung sein; Beispiele und Konfliktfelder hat Herr Lange in seiner Einlassung dargestellt.

Um Geld - ich habe damit angefangen - geht es hier zuvörderst nicht. Wenn man etwas auslobt, einen Preis aussetzt, auch einmal ein Stipendium auslobt, dann sind das minimale Beträge, um die es dabei geht. Da müssen wir uns nicht über einen Haushalt unterhalten. Worum es geht, ist eine Wertsetzung.

(Herr Lange, DIE LINKE: Titelgruppe 89!)

- Ja. - Es geht hier um eine Wertsetzung und darum, ob wir uns sagen, dass uns das wichtig ist, dass uns das ein wichtiger Wert ist. Dann kann man sich auch inhaltlich darüber streiten, wie Herr Lange richtig gesagt hat, was nachhaltig ist und wo die Grenze ist. Das wäre ein spannender Streit. Da wäre auch ein spannender Streit mit unseren Hochschulen zu führen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen wundere ich mich, dass von den regierungstragenden Fraktionen ein solches Kontra kommt, weil das eigentlich ein Konsens in der alten Zielvereinbarung war. Wir führen es ja nur fort und sagen - wir würden es gern noch schärfer sagen -, dass wir auch in die Forschung und nicht nur in die Lehre, wo das inzwischen ganz stark verankert ist, diese Wertsetzung hineinbringen. Insofern hat mich das ein wenig erstaunt.

Frau Dr. Pähle, alle Beispiele, die Sie genannt haben - also die Frage der prekären Beschäftigungsverhältnisse, Geschlechtergerechtigkeit, Qualität der Lehre, Familienfreundlichkeit der Hochschulen; alles dafür, aber nichts dagegen -, sind das Gegensätze? Ist es ein Gegensatz, wenn ich sage, dass eine Hochschule familienfreundlich sein soll, wir aber auch wollen, dass in der Forschung die Wertsetzung der Nachhaltigkeit bedeutsam ist? Ich glaube nicht, dass das Gegensätze sind. Das ist ein künstlicher Gegensatz, den Sie hier aufmachen.

Zum Alternativantrag hat Herr Lange eigentlich schon alles gesagt: Der Alternativantrag ist wirklich keine Alternative. Nur weil in der Überschrift auch „Standort von Wissenschaft und Forschung“ steht, ist er keine Alternative zu unserem Antrag. Er behandelt ein völlig anderes Thema. Insofern lehnen wir ihn ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Kollegin, Herr Lange hätte Sie gern etwas gefragt.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Aber immer, gern.

Herr Lange (DIE LINKE):

Frau Professor Dalbert, Sie haben jetzt noch einmal die hohe Wertschätzung zum Thema Nachhaltigkeit ausgedrückt. Können Sie mir sagen, warum Sie unseren Vorschlag abgelehnt haben, einen Nachhaltigkeitsbeirat einzusetzen?

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Das ist eine gute Frage, Herr Lange. Darum haben wir bei uns in der Fraktion sehr lange gerungen. Das war eine Debatte, die uns sehr lange, in vielen Fraktionssitzungen, beschäftigt hat, weil wir diese Wertsetzung der Nachhaltigkeit sehr hoch schätzen. Aber unsere abschließende Einschätzung war, dass uns ein solcher Beirat nicht wirklich hilft. Das ist von der Wertsetzung her etwas, was wir natürlich unterstützen, aber wir halten das Instrument des Beirats nicht für hilfreich.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Weitere Fragen gibt es nicht. Vielen Dank für die Antwort. - Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren.

Wir stimmen als Erstes über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 6/2603 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? - Das sind die An-

tragstellerin und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen CDU und SPD in der Drs. 6/2615 abstimmen. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Der Antrag ist damit angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 14 abgearbeitet.

Wir sind am Ende der 29. Sitzungsperiode des Landtags angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 30. Sitzungsperiode für den 30. und 31. Januar 2014 ein. Sie wird dann in der Johanniskirche stattfinden.

Ich erinnere Sie noch einmal an das Ausräumen der Fächer unter Ihren Tischen.

Ich wünsche Ihnen ein Weihnachten, das Sie so feiern, wie es jeder Einzelne gern feiern möge. Kommen Sie sicheren Schrittes in und durch das neue Jahr. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 12.11 Uhr.

